Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293. Donnerstag, den 15. Dezember 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kopf ab!

Der Straßenschlachtplan des Generals von Bissing, die Polizeitaten in Moabit, die immer dreister sich hervorwagenden Drohungen der Junker, mit Gewalt die Entwicklung des deutschen Volkes zu brechen, legen die suchende Frage nahe, ob denn in den Grundrechten des Deutschen Reiches, in seiner Verfassung, keine Schutzwehr gegeben sei gegen die Schreckensherrschaft der kriegführenden Junkerschaft und Klerisei. In Wirklichkeit bietet die deutsche Reichsverfassung nicht nur keinen Schutz gegen Gewalttaten der Reaktion, sondern sie ermächtigt und rechtfertigt sogar derlei Akte. In der deutschen Reichsverfassung marschiert sehr vernehmlich der Leutnant mit zehn Mann, stürmen die Heerscharen des Generals Bissing, speien die Schießscharten des Berliner Schlosses und wüten Schutzleute mitten im Frieden unter wehrlosen Menschen, aber sie panzert nicht die Freiheit und Rechte eines mündigen Volkes.

Artikel 68 der deutschen Reichsverfassung lautet: „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiet bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851.“

Man mag allenfalls begreifen, daß sich der siegberauschte deutsche Michel den Verfassungsstummel in den Mund hat stecken lassen, daß er aber inzwischen längst ernüchtert, diesen Stummel seit mehr als vier Jahrzehnten im Munde behalten hat, gehört zu den Unbegreiflichkeiten der politischen Eigenart des deutschen Volkes. Man denke: Die Verfassung sieht die Aufhebung aller bürgerlichen Rechtsgarantien unter gewissen Umständen vor und kündigt zugleich ein Gesetz an, das die Materie regeln soll. Aber 44 Jahre nach der Stiftung des Norddeutschen Bundes und 40 Jahre nach Schaffung des Deutschen Reiches ist diese verheißende Regelung durch Gesetz immer noch nicht vorgenommen. Es hängt vielmehr über den Rechten des deutschen Volkes das Schwert des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851, also eine Waffe, die in der Zeit der tobenden Konterrevolution unter dem Namen eines Gesetzes geschmiedet wurde, um die Wiederkehr des Märzen und die Aufrichtung der Märzerrungenschaften für alle Ewigkeit zu verhindern.

Ein preußisches Gesetz aus der finstersten und brutalsten Reaktionszeit steht noch heute an der Stelle aller verfassungsmäßigen Freiheiten im Deutschen Reiche, und die Entscheidung über diesen Umsturz aller Freiheiten liegt einzig und allein bei einer einzigen unverantwortlichen Person, beim deutschen Kaiser.

Die Verhängung des Kriegszustandes, ohne irgendwelche durch die deutsche Verfassung geregelte Garantien, ist nicht etwa auf Kriegszeiten beschränkt. Jede Unruhe im Innern ermöglichtes dem deutschen Kaiser, durch einen einfachen Machtspruch die unbeschränkte Militärdiktatur in einzelnen Teilen des Bundesgebiets oder über das ganze Reich zu errichten. In politisch bewegten Zeiten, wenn der Wille des deutschen Volkes auf dem gesetzlichen Wege des parlamentarischen Einflusses und Stimmrechts die Herrschaftsinteressen der regierenden Clique bedrängt, bedarf es nur eines kleinen Aufruhrs und alle bürgerliche Rechtssicherheit ist beseitigt. Man weiß seit Moabit, wie leicht es ist, solch einen Aufruhr zu erzeugen. Den können die Spitzel unter gefälliger Mitwirkung eines arbeitswilligen Janhagels in jedem gewünschten Umfang liefern. Ist aber diese kleine Vorbedingung erfüllt, so braucht der Kaiser nur den Kriegszustand zu erklären, und der preußische Schrecken von 1851 herrscht über dem Deutschen Reiche des 20. Jahrhunderts!

Über die Wirkungen einer solchen kaiserlichen Verfügung, zu deren Erlaß er nicht des Reichstags, nicht einmal des Bundesrats bedarf, besagt der § 4 jenes immer noch „provisorisch“ im Reiche geltenden preußischen Gesetzes das Folgende: „Mit der Bekanntmachung der Erklärung des Belagerungszustandes geht die vollziehende Gewalt an die Militärbefehlshaber über. Die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten. Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militärbefehlshaber persönlich verantwortlich.“

Damit hört also die vollziehende Gewalt der Monarchen der Einzelstaaten auf, das Einheitsreich ist hergestellt und endlich ist wirklich der kaiserliche Wille und Befehl einziges Gesetz im Deutschen Reiche. Mit der Inkraftsetzung des § 4 werden, so erläutert Laband die Wirkungen, „alle Zivilbehörden des Staates und alle Gemeindebehörden zu Unterbehörden und Vollzugsorganen der Militärkommandanten gemacht; die Anordnungen der letzteren sind auszuführen ohne Rücksicht und ohne Prüfung, ob dieselben nach den Gesetzen zulässig sind, die unbedingte Gehorsamspflicht der Zivilbehörden entbindet dieselben anderseits von jeder Verantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit der Maßregeln“.

Der § 4 des Einführungsgesetzes zum deutschen Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870 gewinnt nunmehr Geltung: Die in den §§ 81, 88, 90, 307, 311, 312, 315, 322, 323, 324 des Strafgesetzbuchs mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft. Es heißt nur noch: Kopf ab! Die Gesetzlichkeit spielt keine Rolle mehr. Denn auf Grund des preußischen Gesetzes kann der Artikel 7 der preußischen Verfassungsurkunde („niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft“) und demgemäß die entsprechende Bestimmung der deutschen Gerichtsverfassung außer Kraft gesetzt werden. Kriegsgerichte kommandieren ohne jede Rechtsgarantie in beliebigem Umfang gegen Schuldige und Unschuldige das: Kopf ab!

Weiter dürfen Artikel 5 und 6 der preußischen Verfassung, welche die persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung gewährleisten, aufgehoben werden. Desgleichen Artikel 27 und 28 der preußischen Verfassung (Meinungs- und Preßfreiheit) sowie Artikel 29 und 30 (Versammlungs- und Vereinsrecht), d. h. das alte Reichspreßgesetz und das junge Reichsvereinsgesetz gelten nicht mehr. Schließlich kann noch der Artikel 36 der preußischen Verfassung, wonach die bewaffnete Macht zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Requisition der Zivilbehörden verwendet werden darf, beseitigt werden.

All das darf der Kaiser ganz allein aus eignem Recht über den Kopf des Volkes, des Reichstags, des Bundesrats und auch der einzelstaatlichen Monarchen hinweg verfügen. Nur ein Gebiet ist verfassungsmäßig von der Erklärung des Kriegszustandes durch den Kaiser befreit: Bayern! Das ist das erfreulichste Reservatrecht, das Bayern sich durch den Bündnisvertrag vom 15. November 1870 gerettet hat. Sonst ist der deutsche Kaiser unumschränkt in seiner Befugnis, nach den preußischen Rezepten von 1851 und den Anschauungen des Junkers von Januschau der deutschen Verfassung ganz verfassungsmäßig den Kopf abschlagen zu lassen. Denn das verheißene Gesetz, das diese Befugnis einer unbeschränkten Militärdiktatur wenigstens mit Rechtssicherheit umgeben soll, existiert immer noch nicht.

Es ist nützlich, sich diese Möglichkeiten des deutschen Verfassungslebens rechtzeitig und tief einzuprägen, damit sowohl die Schwere wie die Unaufschiebbarkeit der gewaltigen Verfassungskämpfe erkannt werde, vor denen wir erst stehen und die uns nicht erspart bleiben werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schluß der Etatsdebatte.

In einer langen Sitzung wurde am Mittwoch die erste Lesung des Etats zu Ende geführt. Ein Vergewaltigungsversuch des schwarzblauen Blocks, der nach der Rede seines Raab Schluß machen wollte, wurde in namentlicher Abstimmung von der Linken abgeschlagen.

Die Reihe der Redner des fünften Tages begann der nationalliberale Gerichtsrat Dr. Heinze, der scharf nicht bloß gegen das Zentrum, sondern auch gegen die Konservativen polemisierte, aber es nicht lassen konnte, die allmählich sehr abgestandenen Schauergeschichten über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen erneut aufzuwärmen. Auch gibt es zu denken, daß Herr Heinze sich zwar gegen formelle Ausnahmegesetze wandte, aber die Geneigtheit seiner Fraktion zu gemeingesetzlich-verhüllten Ausnahmebestimmungen recht deutlich zum Ausdruck brachte. In diesem Punkte unterschieden sich kaum die Ausführungen Heinzes von denen des folgenden Redners, des freikonservativen Fürsten Hatzfeld. Der Blockfürst von Breslau pflegt nicht in die sinnlosen Scharfmachertiraden näherer und weiterer Fraktionsgenossen einzustimmen. Auch diesmal befleißigte er sich einer gewissen aristokratischen Ruhe. Er zerdrückte eine Träne über den versunkenen Bülowblock und rief die Liberalen zur Teilnahme an der allbürgerlichen Sammelpolitik auf, ein Aufruf, der nachher von Müller-Meiningen ziemlich entschieden zurückgewiesen wurde. Hatte Fürst Hatzfeld seine reaktionäre Gesinnung in höflicher Salonform vorgetragen, so produzierte sich der folgende Redner Raab von der Wirtschaftlichen Vereinigung als eine Art Mittelding von Scharfmacher und Marktschreier. Dann kam der erwähnte Schlußantrag, den die Liberalen Müller-Meiningen und Ebeling und von unserer Seite Genosse Singer gebührend kennzeichneten. Die Rede des Bauernbündlers Dr. Böhme gab seinen früheren Freunden und jetzigen Todfeinden auf der Rechten Gelegenheit, Proben von ihrem guten parlamentarischen Ton abzulegen. Müller-Meiningen, der nunmehr folgte, hatte einen guten Tag und machte vielfach recht zutreffende Ausführungen, verbreitete sich aber zu sehr über kirchlich-religiöse Fragen und gab dadurch dem Herrn Gröber Veranlassung zu einer ausgedehnten Abendpredigt. Herr Gröber sprach auch über einige weltliche Sachen, nur nicht darüber, wie sich das Zentrum zu neuen Zuchthausvorlagen stellen wird. Genosse Frank nagelte diese Unterlassung des Zentrums fest, das einstmals mit einem kräftigen Pfui! auf den Bismärckischen Versuch antwortete, ihm einen Attentäter an die Rockschöße zu hängen. In prächtiger Weise rechnete sodann Genosse Frank mit der famosen Mitschuldtheorie des Bethmann und den diversen Scharfmachern in- und außerhalb des Hauses ab.

Der nationalliberale Everling verbreitete sich zu später Abendstunde mit liebevoller Ausführlichkeit über die Jesuiten, Herr Kreth schalt mit mehr Humor und weniger Gift als sonst auf alle nicht zum Schnapsblock gehörigen Fraktionen. Und dann endete so allmählich diese Dauersitzung. Die Hauptteile des Etats wanderten an die Budgetkommission und das Haus, versehen mit den Wünschen des Präsidenten, ging in die Weihnachtsferien.

Die preußische Wahlrechtsvorlage.

Die „Deutschen Nachrichten“, die enge Beziehungen zu Beamtenkreisen haben, wissen mitzuteilen, daß in der Wahlrechtsfrage sofort nach dem Wiederzusammentritt des Landtages durch eine Erklärung der leitenden Stelle ein bestimmter Entschluß mitgeteilt werden soll. — Diese leitende Stelle kann nur der Ministerpräsident Herr von Bethmann-Hollweg sein. Über die Richtung, in welcher sich der gefaßte Entschluß bewegt, vermag das Blatt Näheres nicht mitzuteilen. Vernünftiges wird dabei nicht herauskommen.

Der Schaden des Kaiser-Manövers.

Die Petitionskommission des Reichstages hatte sich anläßlich einer Eingabe von 40 Landwirten aus Lauda (Baden) auch mit der Frage zu beschäftigen, ob wegen der behaupteten ungenügenden Flurschadenvergütungen im Kaisermanöver 1909 eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen werden soll. Die prinzipielle Erledigung dieser Frage wurde dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, über die Forderungen einer erhöhten Entschädigung der Petenten ging die Kommission zur Tagesordnung über.

Beim Kaisermanöver des XIV. Armeekorps wurden von etwa 61 000 Geschädigten Ersatzforderungen gestellt. Der Abg. Zehnter teilte mit, daß allein auf badischem Gebiete 147 Gemarkungen mit meistens stark parzelliertem Besitz geschädigt wurden; etwa 10 Abschätzungskommissionen seien in Tätigkeit getreten. Von einem genügenden Ersatz des durch die Truppen den Bauern entwendeten Obstes und Pferdefutters sei keine Rede gewesen. Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, daß wenigstens solche intensiv bewirtschafteten Gegenden mit Manövern verschont werden.

„Oeltalg.“

Die Vorkommnisse in der Margarinefabrik von Mohr in Altona sind Wasser für die Mühlen der Agrarier. Für die Margarine kennt die „Deutsche Tageszeitung“ seit langer Zeit nur die Bezeichnung: „Öltalg“ und die Tatsache, daß durch Margarine, die aus oben genannter Fabrik stammt, zahlreiche Vergiftungsfälle vorgekommen sind, bietet der „Deutschen Tageszeitung“ willkommenen Anlaß zu einem kräftigen Vorstoß gegen die Margarine überhaupt. Sie verlangt, daß die Bevölkerung sich des Genusses von Margarine ganz enthalten solle und fährt dann fort:

„Außerdem muß in geeigneter Weise darauf gedrungen werden, daß die Margarine nicht zu irgendwelchen Nahrungsmitteln und Genußmitteln verwandt wird. Man wird die Bäcker und andere Hersteller von Nahrungsmitteln ausdrücklich befragen müssen, ob sie Margarine verwenden. Wird die Frage verneint, und trotzdem Margarine verwandt, so machen sich die betreffenden Hersteller von Nahrungsmitteln des Betruges schuldig.“

Eigentlich genügt das noch garnicht; das agrarische Blatt müßte an die ihm eng verbundenen Agrarier die dringende Aufforderung richten, keine Margarine unter die Butter zu mengen. Daß dieses Verfahren ganz besonders im Schwange ist, ergibt sich schon daraus, daß jüngst in Düsseldorf umfangreiche Butterfälschungen festgestellt worden sind. Schließlich noch eine Frage! Wer ist es

denn, der die breiten Massen des Volkes dazu zwingt, immer mehr den Surrogaten sich zuzuwenden? Eben die rein agrarische Wirtschaftspolitik, die von der Sozialdemokratie stets mit aller Schärfe bekämpft worden ist. Der „Deutschen Tageszeitung" ist es natürlich auch keineswegs um die Volksgesundheit zu tun, als vielmehr darum, die Möglichkeit zur Herbeiführung noch höherer Butterpreise zu erzielen. Man merkt die Absicht und wird — nicht verstimmt.

Ein vollzähliger Reichstag.

Das ist lange nicht dagewesen, aber momentan Tatsache. Sämtliche Mandate sind gegenwärtig wieder besetzt, nachdem in Labiau-Wehlau die 41. Ersatzwahl seit dem Jahre 1907 stattgefunden hat. Es ist keine Vakanz mehr vorhanden. Die Fraktionen rangieren jetzt nach der Stärke: Zentrum 106 Mitglieder, Konservative 58, Sozialdemokraten 52, Fortschrittler und Nationalliberale je 49, Reichspartei 25, Polen 20, Wirtschaftliche Vereinigung 17, Reformpartei 3; keiner Fraktion gehören 18 Mitglieder an.

Die Impffrage

wird beim Wiederzusammentritt des Reichstages auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Plenums kommen. Sie soll im Anschluß an den Beschluß der Petitionskommission erfolgen, der zu den von Impfgegnern eingereichten Beschwerden gefaßt worden ist. Die Regierung empfindet es als ein Bedürfnis, in diesem Stadium erneuter Agitation gegen das Impfgesetz eine Aussprache vor dem Reichstage herbeizuführen. Die Eingaben an den Reichstag gehen aus von dem Naturheilverein in Rastatt, dessen Anträge zur Aufhebung bezw. Änderung des Impfgesetzes von Vereinen und Personen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands im ganzen oder in einzelnen Teilen unterstützt werden. Im Plenum des Reichstages wurde am 1. Februar 1908 die Impffrage zuletzt behandelt; man ging über die Anträge der Impfgegner zur Tagesordnung über. Gegenwärtig steht die Regierung, wie sich ihre Vertreter in der Kommission äußerten, den Petitionen der Impfgegner noch ablehnend gegenüber. Die Petitionskommission des Reichstages beschloß — entgegen dem Antrag des Referenten, der eine Überweisung zur Erwägung wünschte — den Übergang zur Tagesordnung mit 16 gegen 8 Stimmen.

Fortschrittliche Interpellation gegen die Streichholzsteuer.

Die Fortschrittler haben am Dienstag folgende Interpellation im Reichstage eingebracht:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, angesichts der schweren Mißstände, die sich aus der Besteuerung von Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterschaft, wie für die Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Zündwarengesetzes vom 15. Juli 1909 in die Wege zu leiten?"

Nach preußischem Muster.

Aus dem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika ist der Herausgeber der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" von Roy und der Buchdruckereibesitzer Klein ausgewiesen worden. Herr van Roy wird seine Gefängnisstrafe in Deutschland abzubüßen haben. Die Ursache zu der Ausweisung liegt darin, daß beide den Gouverneur von Ostafrika und eine Anzahl seiner Beamten beleidigt haben sollen und deshalb zu Strafen verurteilt worden sind.

Die Nationalliberalen gegen die Fortschrittler.

Zu den Wahlkreisen, die bei den nächsten Reichstagswahlen am heißesten umstritten werden, gehört der Wahlkreis Hagen, den der verstorbene Abg. Richter lange Jahre im Reichstag vertreten hat. Die dort angebahnten Kompromißversuche können als endgültig gescheitert betrachtet werden, nachdem die Nationalliberalen einen eignen Reichstagskandidaten in der Person des Fabrikbesitzers Springmann aufgestellt haben. Die fortschrittliche Presse befehdet diese nationalliberale Kandidatur in der heftigsten Weise, weil der nationalliberale Kandidat gleichzeitig vom Zentrum und von den Christlich-Sozialen unterstützt werden soll, womit die Fortschrittspartei aus der Stichwahl völlig ausfallen müßte.

Zündholz-Agrarier.

Eine Abordnung der deutschen Zündholzfabrikanten erschien am Dienstag beim Reichs-Schatzsekretär Wermuth, um ihm die Klagen der Industrie zu unterbreiten. Ihre Wünsche gehen dahin, daß entweder ein Zündholzmonopol geschaffen wird, oder daß die Zündholzersatzmittel mit einer hohen Steuer belegt werden. Im Falle des Monopols wollen die Fabrikanten ihre Fabriken dem Staate verpachten. — Weiter kann die kapitalistische Unverfrorenheit sicher nicht mehr getrieben werden. So schwer auch die Arbeiter der Zündholzindustrie durch die Zündholzsteuer geschädigt worden sind, so wenig trifft das auf die Fabrikanten zu, die durch ihr Syndikat es verstanden haben, die Preise hochzuhalten. Aus irgend welchen Gründen geht nun das Syndikat aus dem Leim, die dadurch wieder eintretende freie Konkurrenz wird bestimmt einen Druck auf die Preise ausüben, und um nicht in den Wettbewerb eintreten zu müssen, muten die Zündholzfabrikanten dem Reiche zu, ein Monopol einzuführen und ihnen die Fabrik für sündenteures Geld abzupachten.

Wertzuwachssteuer-Kommission.

In der Sitzung am Mittwoch brachte die Sozialdemokratie folgenden Antrag ein:

„Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Zündwarensteuer-Gesetz vom 15. Juli 1909 aufgehoben."

Hierauf wird zunächst die Beratung des § 56 fortgesetzt, wobei sich eine sehr lebhafte und längere Debatte entwickelt. Schließlich erhält der umstrittene Absatz 2 des § 56 folgende Fassung:

„Bei Veräußerungen, die in die Zeit vom 12. April 1910 bis 30. November 1910 fallen, bleiben Veräußerungen, bei welchen der Veräußerungspreis auf bebaute Grundstücke nicht mehr als 20 000 Mk., bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 Mk. beträgt, für die Erhebung der Zuwachssteuer außer Betracht."

Der Antrag der Sozialdemokraten, die Zündwarensteuer betreffend, wird von einem sozialdemokratischen Mitglied eingehend begründet. Der Staatssekretär wendet sich gegen den Antrag, weil eine Verbilligung der Zündwaren in Aussicht sei, da sich das Zündhölzer-Syndikat aufgelöst habe; die Herren seien bei ihm gewesen und hätten das Zündholz-Monopol oder die Besteuerung der Ersatzmittel verlangt. Beides habe er, der Staatssekretär, abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. Hiermit ist die dritte Lesung des Gesetzes beendet.

Großbritannien.

Die Wahlen. Bis jetzt sind gewählt: 217 Liberale, 249 Unionisten, 38 Vertreter der Arbeiterpartei, 60 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 19, die Unionisten 24, die Arbeiterpartei 4 Sitze.

Brasilien.

Die Meuterer. Nach einem bei der Pariser brasilianischen Gesandtschaft eingegangenen Telegramm aus Rio de Janeiro vom 12. Dezember sind 110 Mann der Besatzung des Panzerkreuzers „Sao Paulo", die am 22. November gemeutert hatten und dann begnadigt, aber vom Marinedienst ausgeschlossen worden waren, nach dem Fort Villegagnon überführt worden. Alle anderen Meuterer vom selben Tage werden aus den Geschwaderlisten der Flotte gestrichen werden. Die Mannschaft des Seebataillons, die gemeutert hatte, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der Protest von Lübecks Arbeiterschaft gegen die Gewerbesteuer.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die neuen lübeckischen Steuergesetze gestaltete sich gestern abend die große Volksversammlung, die von vielen Hunderten von Arbeitern und kleinen Geschäftsleuten besucht war, und in beängstigender Enge den großen Saal des Gewerkschaftshauses überfüllte. Der erste Referent des Abends, Genosse Dr. Schlomer, führte etwa folgendes aus:

Trotz Ablehnung der neuen Steuervorlagen im Bürgerausschuß steht die Gefahr in Aussicht, daß die Gewerbesteuer von der Bürgerschaft angenommen wird, weil eine ganze Anzahl bürgerlicher Vertreter keine Grundsätze besitzt. Aus dem Grunde war ein scharfer Protest des werktätigen Volkes gegen die neuen Steuerlasten unbedingt nötig. Die Arbeiter können keine neuen Lasten tragen, sondern fordern, daß die wohlhabenden Kreise mehr herangezogen werden, die Vorteil von den Verbesserungen unserer Verkehrsverhältnisse davontragen. Neue Steuern seien nötig, weil eine Steigerung der Ausgaben unseres Staatshaushaltes eingetreten ist. Der diesjährige Etat weist einen Fehlbetrag von 600000 Mark auf. In Wirklichkeit ist der Fehlbetrag noch größer, weil dringend nötige Aufwendungen gestrichen sind, sodaß eigentlich 960 000 bis 1 000 000 Mark nötig wären. Erst hatte man verlangt, daß das Defizit durch einen Zuschlag von 20 Prozent zur Einkommensteuer gedeckt werden soll. Aber das hat bei den hiesigen Steuerpolitikern nicht angesprochen, weil dann auch die Lieblinge Lübecks, die Rentiers — von denen nicht weniger als 2700 uns mit ihrer werten Anwesenheit auszeichnen — in den Beutel hätten greifen müssen. Dafür hat man die Gewerbesteuer ausgeheckt. Wodurch die Steigerung der Ausgaben hervorgerufen wurde, ist bekannt. Die Hauptposten des Etats zeigen das sehr klar. Da erfordert erstens die Erhöhung der Beamtengehälter eine Summe von 400 000 Mark, dann müssen für unsere Schulen 1½ Millionen Mark aufgebracht werden, weiter fordert die Baubehörde 1,2 Millionen Mark, davon 500 000 Mark für Wasserbauten und außerdem sind 2,3 Millionen an Zinsen für die Staatsschuld zu zahlen, was einer Schuldenlast von 60 Millionen Mark gleichkommt. Wodurch die Schulden entstanden sind, ist bekannt. Erstens war es der Elbe-Trave-Kanal, der einen Aufwand von 17 Millionen erforderte, dann sind 10 Millionen für den Ausbau des Hafens verausgabt worden, zu den Schul- und Bahnbauten hat der Staat 5 Millionen bewilligt, die elektrische Bahn kostete 3½ Millionen, das Industriegelände hat 1,3 Millionen zur Erschließung erfordert. Für Strafanstalt, Irrenhaus, Krankenhaus und Theater waren je 1½ Millionen Mark nötig. Aus den Zahlen geht hervor, daß in den meisten Fällen für Förderung von Handel und Industrie die Gelder aufgewendet worden sind. Im großen und ganzen waren die Ausgaben allerdings nötig, denn sonst wäre Lübeck eben ein großes Dorf bei Hamburg geblieben. Der Aufschwung von Industrie und Handel ist dadurch auch eingetreten, aber die Einnahmen des Staates sind nicht in der Weise gestiegen, wie man erwartet hatte. Es liegt auf der Hand, daß den Vorteil von allen Aufwendungen nicht die Arbeiterschaft hat. Zwar ist eine Steigerung der Arbeitsmöglichkeiten eingetreten. Aber ausländische Arbeiter sind am Kanal beschäftigt worden, ausländische Arbeiter werden auch in der Hauptsache vom Hochofenwerk beschäftigt. Von den einheimischen Arbeitern waren viele, sehr viele erwerbslos und die Krise, die dann eintrat, steigerte die Arbeitslosigkeit in unheimlicher Weise. Und neben der Arbeitslosigkeit schnellten die Mietpreise erheblich in die Höhe. Die Bodenpreise stiegen, mit ihnen die Bodenrente, leider aber auch die Wohnungsmieten. Im Jahre 1890 war eine Zweizimmerwohnung noch für 200 Mk. im Durchschnitt zu haben und 1905 kostete eine solche bereits 238 Mk. Redner weist dann auf die von dem Gelde der Steuerzahler errichtete Arbeiterkolonie in Kücknitz hin, die völlig versagt, denn es sind dort nur Wohnungen für 310 Mk. vorhanden, welcher Preis von der Arbeiterschaft bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen einfach nicht aufgebracht werden kann. Die Wohnungen sind also teuerer als in der Stadt. Ferner verbreitete sich unser Genosse über die Straßenbahnverhältnisse. Die Fahrpreise werden sicher nach Ausbau des Straßenbahnnetzes erhöht, dafür hat denn die Straßenbahnbehörde den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht geraubt. (Vielstimmige Pfuirufe). Der wirtschaftliche Aufschwung Lübecks hat der Arbeiterschaft also sehr wenig Gutes gebracht; dafür aber viel Schlechtes. Nun behaupten die Gegner, der Verdienst der gewerblichen Arbeiter fiele nicht unter die Gewerbesteuer, also könne diese ihm auch gleichgültig sein. Wer soll da nicht lachen. Die Geschäftsleute werden doch begreiflicherweise versuchen, die erhöhten Steuern auf die Warenpreise zu schlagen und demnach bestrebt sein, der Arbeiterklasse die Gewerbesteuer indirekt aufzuhalsen. Es wird werden wie bei der großen Reichsfinanzreform. Die direkt Belasteten werden möglichst noch etwas mehr auf die Preise ihrer Waren aufschlagen, um auch noch einen Extraprofit zu machen. Am schwersten wird es dem Kleinhändler und Kleinhandwerker werden, die Steuer abzuwälzen. Weiter werden auch die ganz großen Geschäfte, die mit der auswärtigen Konkurrenz zu rechnen haben, durch die Steuer in der Entwicklung gehemmt. Indes auch eventuelle Neugründungen von industriellen Unternehmungen würden von der Steuer betroffen und deshalb veranlaßt, ihre Betriebe nicht nach Lübeck zu verlegen, sondern sich wo anders anzubauen. Wer von Zeit zu Zeit einmal einen Ausflug nach der Trave unternimmt, der sieht immer neue Unternehmungen entstehen, die hauptsächlich durch die mit Hilfe der Steuerzahler geschaffenen guten Verkehrswege nach Lübeck gelockt worden sind. Die neuen Anlagen sind meist durch die direkte staatliche Unterstützung Lübecks entstanden. In das Hochofenwerk hat der Staat allein weit über eine Million hineingesteckt. Durch den Elbe-Trave-Kanal ist die hiesige Industrie konkurrenz- und leistungsfähiger geworden. Auch am Hafen sind neue Niederlassungen zu konstatieren, so die Reederei Horn. Und auch in der inneren Stadt sind eine Menge neue Geschäfte entstanden. Aber dieser Aufschwung würde durch die geplante Steuergesetzgebung wieder inhibiert werden. Die großen Unternehmer, die den Vorteil von dem Ausbau der Verkehrsverhältnisse gehabt haben, sollten einzig und allein zu den Lasten herangezogen werden. Das hatte seinerzeit bei Beginn des Baues des Elbe-Trave-Kanals auch der Senat und die kompetenten Kreise versprochen. Als aber der Senat die neue Vorlage brachte, sagte er nicht mehr, daß diejenigen, die unmittelbar von der Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen Vorteile haben, die Steuern zahlen sollen, sondern alle die mittelbar davon Vorteil haben, und das sei die gesamte Geschäftswelt. Die soll bluten, nur nicht etwa jene Rentiers, die vor dem Burgtor und dem Mühlentor ihr beschauliches Dasein führen. Lübeck ist eben auch eine schöne Wohnstadt geworden, seit auf Kosten der Steuerzahler der stinkende Stadtgraben und seine triste Umgebung von ehemals vor dem Mühlentor in eine prächtige Anlage umgewandelt worden ist. Die Herren Rentner haben sich dort bloß hineinzusetzen brauchen in ein herrliches landschaftliches Idyll, das ihnen von den hiesigen Steuerzahlern geschaffen worden ist. Auch der Stadtpark kommt besonders den Rentnern zugute. Dazu kommt noch das Theater, dessen Preise so gestellt sind, daß fast nur jene Rentner und die übrigen reichen Leute es besuchen können. Und weiter kommt dazu unser teures Luxusbad Travemünde (Sehr richtig!), das diesen Herren Rentiers zur Erholung dient. Um sie hübsch unter sich amüsieren zu lassen, will man auch noch die Seebäder verteuern. Alles das ist ein Grund, gerade die Rentner zur Bezahlung der Annehmlichkeiten durch die Steuern anzuhalten. Lediglich durch die Opfer des Gewerbefleißes unsrer Stadt sind die Herren in der Lage, einen so angenehmen Aufenthaltsort als Domizil zu haben. Ähnlich steht es auch mit den Schulverhältnissen. Das Johanneum, das Katharineum, die Realschule am Dom und die Ernestinenschule, in denen die Kinder der Wohlhabenden sitzen, sind in sehr schönen Gebäuden untergebracht worden. Drei davon haben rund 1 Million Mark Baukosten erfordert und brauchen jährlich noch 350 000 Mk. Zuschuß. Stellen wir demgegenüber die Volksschulen, so finden wir, daß lediglich für die besseren Kreise aufs beste gesorgt wird, für die ehemaligen Agrarier, Apotheker, Kaufleute usw., die erst zugezogen sind und für ihre Kinder die guten Schulen in Anspruch nehmen können. Für die Kinder der Armen ist ja die Volksschule, das Aschenbrödel der kapitalistischen Pädagogik vorhanden, obwohl die große Masse für jene Unterrichtsanstalten die Mittel aufbringt. Nur durch eine allgemeine Einkommen- und Vermögenssteuer können unsere Finanzverhältnisse wirklich gesunden, und bekommen sie eine wirklich gerechte Grundlage. Nun wird behauptet, die Rentiers, von denen wir 2700 am Orte haben, die über eine Jahresrente von 8300000 Mk. verfügen, würden Lübeck wieder den Rücken kehren, wenn sie mit zu den Lasten herangezogen werden sollten. Ja, wo sollen die Herren denn hinziehen, vielleicht nach Posemuckel? In allen anderen Städten, wo sie die gleichen Annehmlichkeiten wie in Lübeck haben, müssen sie eben so viel oder noch viel mehr Steuern bezahlen, als bei uns. Wir gönnen den Rentiers ihre Ruhe, aber wir wollen nicht, daß Lübeck eine Stadt der Ruhe ist. Wir wollen, daß Lübeck eine Stadt des Gewerbefleißes, des Handels, kurz eine Stadt der Arbeit ist. Und deshalb gilt für uns die Parole: Fort mit allen Fesseln, die uns darin hindern können, fort mit der Gewerbesteuer, fort mit der Konsumvereinssteuer, fort mit der Warenhaussteuer und her mit einer Vermögenssteuer, her mit einer gerechten Einkommensteuer. (Brausender Beifall.)

Hierauf nahm der zweite Referent, Genosse Stelling das Wort. Er wies zunächst auf den ablehnenden Beschluß des Bürgerausschusses hin, ist aber ebenfalls der Meinung, daß der Senat die Gewerbesteuer von neuem einbringen wird. Allerdings könne man jetzt sagen: Das Kind ist bereits gestorben. Aber diejenigen, die die Väter des Kindes sind, möchten den Leichnam wieder beleben. Demgegenüber sei es die Aufgabe der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß der Tote endgültig verscharrt werde. Die Gewerbesteuer hat ihren Ursprung in den durch den wirtschaftlichen Ausbau unserer Einrichtungen erfolgten Ausgaben. Demzufolge sei es ein Akt der Gerechtigkeit, daß die Besitzenden, die den Vorteil von den guten Verkehrsverhältnissen haben, zahlen müssen. Wenn es aber an den Geldbeutel geht, hört bei den Herren Besitzenden der Patriotismus auf. Sie wollen nicht zulassen, daß die erforderlichen Mittel auf die großen Einkommen zu schlagen sind, sondern möglichst Extrasteuern haben. Sie offenbaren ihren echt kapitalistischen Charakter damit, daß sie die dem Kapital aufzulegenden Beiträge mittelbar oder unmittelbar von sich auf andere abwälzen. In letzter Reihe haben immer die Arbeiter die Zeche zu bezahlen. Aber die Ausreden der bürgerlichen Politiker sind in keiner Weise stichhaltig. Wenn die Rentiers fortziehen würden, so würde Lübeck durchaus nicht ruiniert werden. Wenn keine Rentiers mehr zuziehen, so würden wir Arbeiter durchaus nichts vermissen. Die praktischen und sozialen Gründe, die vorher in der Vorlage für die Gewerbesteuer angeführt worden sind, habe Redner übrigens nirgends näher ausgeführt gefunden. Das Volk müsse sich darüber klar werden, daß — wenn die Vorlage Gesetz geworden ist — dieses gleichbedeutend ist mit einer Erhöhung der Einkommensteuer teilweise bis zu 50 Prozent. Man hat nämlich nicht zugelassen, daß eine Schuldenverzinsung von dem Reineinkommen der Gewerbebetriebe abgezogen werden dürfe. Auch die Ärzte, Zahn- und Tierärzte sollen zur Steuer herangezogen werden. Eine neue Bekundung der Vorliebe für die Agrarier enthalte die Vorlage, denn steuerfrei bleiben die Forst- und Landwirtschaft, Gärtner. Wenn man aber eine Gewerbesteuer einführt, so ist sie nur gerecht, wenn alle Unternehmungen einbezogen werden. Ungerecht ist es aber, wenn sogar Einkommen- und Gewerbesteuer wieder mitversteuert werden müssen. Viele Geschäftsleute müssen bekanntlich mit fremden Kapital arbeiten und dafür Zinsen zahlen. Auch diese Zinsen müssen mitversteuert werden, selbst wenn für den Betreffenden nicht viel zum Leben übrig bleibt. Um nun die Sache schmackhafter zu machen, hat der Bürgerausschuß beschlossen, wenn nicht im zweiten Jahre ein Reingewinn von 4 Prozent übrig bleibt, sollen die Betriebe auf Antrag steuerfrei bleiben. Im ersten Jahre der Errichtung sollen die Betriebe steuerfrei sein. Im zweiten Jahre sollen sie nur die Hälfte des Satzes zahlen. Zu den Hauptbefürwortern der neuen Steuervorlagen gehört Herr Dr. Ziehl, der Gegner der Frauenbewegung, die er s. Zt. in der Bürgerschaft

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 293. Donnerstag, den 15. Dezember 1910. 17. Jahrg.

Die Umklammerung Persiens.

Die Erklärungen, die der Reichskanzler im deutschen Reichstage über die auswärtige Politik, speziell über das jetzige Verhältnis zu Rußland abgab, tragen wesentlich zur Klärung der Frage bei, welche Stellung die deutsche Diplomatie nach der Potsdamer Entrevue gegenüber Persien einnimmt. Wenn man bei diesen Erklärungen von den üblichen Phrasen über die Erhaltung des Friedens und des status quo absieht, kann man aus der Rede Bethmann-Hollwegs folgenden Kern heraus hören: Es sind während des Zarenbesuches in Potsdam zwischen der deutschen und russischen Regierung Abmachungen getroffen worden, die Rußland freie Hand in Nord-Persien lassen, ihm aber die Verpflichtung auferlegen, im Falle es Bahnen in Persien baut, gleichzeitig (durch ein Verbindungsstück nach Hannekin an der türkisch-persischen Grenze) den Anschluß an die jetzt im Bau befindliche Bagdad-Bahn zu ermöglichen. Als Entgeld für diesen Zukunftswechsel hat die deutsche Regierung schon jetzt die Verpflichtung übernommen, keinerlei Politik zu unterstützen, die „auf die Störung des status quo hinziele.“ Aus der Diplomatensprache ins Deutsche übersetzt bedeutet das nichts Geringeres, als daß die deutsche Regierung einen Druck auf die Mächte auszuüben versprochen hat, die die Vorherrschaft Rußlands in Persien antasten wollten. Die deutsche Regierung hat also nicht nur die Erdrosselungspolitik Rußlands in Nord-Persien sanktioniert, die der Selbständigkeit und Freiheit des persischen Volkes ein Ende bereitet, sie hat sich auch zum Spießgesellen der Zarenregierung gemacht, dem die Verpflichtung obliegt, Rußland von Protesten und Angriffen seitens der durch diese Politik direkt bedrohten Türkei zu schützen.

Die bürgerliche Presse mißt diesen Erklärungen des Reichskanzlers, deren Wortlaut nach den Informationen der „Köln. Ztg.“ schon früher den zuständigen Stellen in Petersburg bekannt gegeben war, mit Recht eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Bedeutung bei. Bedeuten doch die in Potsdam getroffenen Abmachungen eine ernstliche Stärkung des deutschen Imperialismus, welcher keine Mittel verschmäht, um seine Position in Vorderasien zu stärken. Andererseits bezeichnen sie — und das wird von der konservativen Presse mit besonderer Genugtuung hervorgehoben — den Anfang einer politischen Annäherung an das Rußland Nikolaus II., deren Wirkung auch in der inneren Politik beider Staaten in Erscheinung treten dürfte. Die Befürchtung, die wir vor der Potsdamer Kaiserbegegnung aussprachen, hat sich also in vollem Umfange bestätigt: Die deutsche Diplomatie benutzt die von echt russischem Raubopportinismus diktierte Diversion zur deutschen Seite hin nicht nur dazu, um das Sehnen der preußischen Junker nach einer Annäherung an das Reich der Knute zu stillen, sondern auch um auf Kosten der Freiheit und Selbständigkeit Persiens Konzessionen für das deutsche Großkapital herauszuschlagen.

Man muß sich nicht darüber täuschen, daß die Abmachungen, welche die deutsche Diplomatie jetzt mit Rußland getroffen hat, zum überwiegenden Teile dem Großkapital zugute kommen werden. Persien ist namentlich in dem persisch-türkischen Grenzgebiet ungeheuer reich an Mineralien und Naphta-Quellen, deren Ausbeute durch das deutsche Kapital jetzt weniger Hindernisse im Wege stehen werden. Das deutsche Handelsinteresse folgt erst an zweiter Stelle und es ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn jetzt in erster Linie von der Hinwegräumung der Hindernisse für den deutschen Handel gesprochen wird. Diese Hindernisse haben formell auch jetzt nicht bestanden, da der englisch-russische Vertrag von 1907 neben der Integrität Persiens auch den Grundsatz der „offenen Tür“ aufstellte. Wollte die deutsche Regierung nur diese Grundsätze vertreten, so hätte sie in den bestehenden Verträgen einen genügenden Rückhalt finden können, ohne zu speziellen Abmachungen mit der Zarenregierung greifen zu müssen. Sie hat das letztere aber vorgezogen, um für die Ansprüche deutscher Konzessionäre günstigere Bedingungen zu schaffen und sich einen Anteil an der persischen Beute zu sichern. Diese Politik, die die deutsche Regierung zielbewußt verfolgt, bedroht das deutsche Volk mit Gefahren, gegen die die Marokko-Verwicklungen als Kinderspiel erscheinen.

Wir können bei diesem Anlaß nicht umhin, auf die Methoden hinzuweisen, die die deutsche Diplomatie, sekundiert von der gesamten bürgerlichen Presse, in den letzten zwei Jahren in der persischen Frage angewendet hat. Man fragte sich zuweilen erstaunt, woher in den Organen der Brotwucherer und Panzerplatten-Patrioten die sittliche Entrüstung über die Vergewaltigung Persiens, die Sympathie für die persischen Freiheitskämpfer stammte. Des Rätsels Lösung ist nun gegeben. Nicht die Freiheit und Selbständigkeit eines vergewaltigten Volkes war das Ziel, das erstrebt werden sollte, es war der sehnliche Wunsch, Einfluß bei der Lösung der persischen Frage zu erlangen, um den beiden Partnern, Rußland und England, im Interesse des deutschen Großkapitals einen Teil der Beute zu entreißen. Und wenn früher der Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Herr Stemmrich (wie seinerzeit im russischen Partei-Organ „Golos Sozialdemokrata“, ohne von irgend einer Seite auf Widerspruch zu stoßen, berichtet wurde) die Mitglieder der persischen Deputation, die im vorigen Jahre hilfesuchend nach Europa kamen, mit den Worten tröstete, es könnten auch aus Deutschland Waffen nach Persien geschafft werden, so kann dieselbe deutsche Diplomatie, auf deren Hilfe und Uneigennützigkeit die persischen Konstitutionalisten gehofft, den letzteren jetzt nur die Worte Bethmann-Hollwegs wiederholen, daß „Rußland einen besonderen Einfluß auf Nord-Persien geltend machen müsse.“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 14 Dezember 1910.

101. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstische: Die Staatssekretäre.

Eingegangen ist eine fortschrittliche Interpellation über Aufhebung der Zündholzsteuern.

Erste Lesung des Etats.

(Fünfter Tag.)

Dr. Heinze (NL.): Nach den vorgestrigen Ausführungen Erzbergers muß auch ich noch mal auf die Reichsfinanzreform zurückkommen. Wir haben gegen sie gestimmt, weil sie die großen Vermögen so gut wie nicht getroffen hat. (Sehr richtig! links.) Das Zentrum stimmte gegen die Erbschaftssteuer, um den Fürsten Bülow zu stürzen. (Lebh. Widerspruch im Zentr.) Die Rechte wollte die Liberalisierung Deutschlands aufhalten, was sie aber erreicht hat durch die Finanzreform, das ist die wenig wünschenswerte Radikalisierung. (Lebh. Zustimmung b. d. Natlib.) Wir müssen uns hier mit dem Modernisteneid und der Borromäusenzyklika beschäftigen, denn es handelt sich dabei um staatsrechtliche Dinge. (Sehr richtig! b. d. Lib.) Die Animosität des Zentrums gegen Dernburg kennen wir ja. Wir erkennen durchaus die Verdienste Preußens um das Reich an. Wir wissen auch, daß Preußen nicht regiert werden kann, wie ein kleiner Staat; aber bei dem engen Zusammenhange zwischen der preußischen und der Reichspolitik können wir nicht darauf verzichten, hier im Reichstage die innere preußische Politik zu kritisieren und namentlich eine Umänderung des Wahlrechts in liberalem Sinne zu fordern. (Lebh. Zust. b. d. Liberalen.) Wir verlangen eine starke Regierung und Festhalten an unserer bewährten Wirtschaftspolitik in gleichmäßiger Berücksichtigung von Landwirtschaft und Industrie. Nicht der Hansabund schadet der Schutzzollpolitik, sondern der Bund der Landwirte mit seiner übertriebenen Agitation. (Stürm. Widerspruch rechts.) Auch in politischer Beziehung fördert der Bund der Landwirte die Zerfahrenheit und Zerrissenheit, während der badische Großblock nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Den Angriffen des Bundes der Landwirte auf unseren Besitzstand in Hannover müssen wir begegnen durch Angriffe im Osten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Sozialpolitik wollen wir Fortschritte, aber die staatlichen sozialpolitischen Institutionen dürfen nicht unter die Botmäßigkeit der Sozialdemokratie gelangen. Darum haben wir gegen die Zulassung der Gewerkschaftssekretäre zu den Arbeitskammern gestimmt. Auch die Krankenkassen dürfen wir nicht der Sozialdemokratie ausliefern.

Die gestrigen Szenen bei der Reichskanzlerrede

zeigen, wie es mit der Meinungsfreiheit im Zukunftsstaat aussehen würde. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Wir wünschen

keine Ausnahme-Gesetze, aber strenge Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die Sozialdemokratie.

Die Vorgänge in der Chemnitzer Krankenkasse zeigen, wie groß der sozialdemokratische Terror ist. (Zuruf b. d. Soz.: Alles Schwindel!) In der zweiten Instanz hat man sich verglichen, aber die einzelnen Punkte sind festgestellt. (Rufe bei den Soz.: Unwahr!) Der Reichskanzler hat sich zu denselben Leitsätzen bekannt wie wir. Unabhängigkeit der Regierung, Festhalten an der Wirtschaftspolitik, keine Ausnahmegesetze. Der Reichskanzler hat nicht ein verschleiertes Ausnahmegesetz in Aussicht gestellt, er hat nur von einer andern Formulierung bestimmter Paragraphen im Strafgesetzbuche gesprochen. Beschleunigung des Verfahrens wird vom ganzen Volke verlangt. Naturgemäß werden es in erster Linie Vergehen gegen die öffentliche Ordnung sein, bei denen der Täter auf frischer Tat ertappt wird. Die von rechts und links gegen uns gerichteten Angriffe beweisen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. (Lebh. Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Fürst Hatzfeld (RP.): Auch wir hätten die Finanzreform etwas anders gewünscht, aber der vorliegende Etat zeigt doch die günstigen Wirkungen der damaligen Maßregeln. Wir leben in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, an dem auch die minderbemittelten Klassen teilnehmen. Wir bedauern den tiefen Riß zwischen Liberalen und den Konservativen. Aber wenn eine tiefe Kluft die Liberalen von der Rechten trennt, so trennt sie von der äußersten Linken ein unüberbrückbarer Abgrund. (Lebh. Zustimm. rechts.) Die Sozialdemokraten sind Republikaner, aber noch nicht die Hälfte ihrer Wähler sind damit einverstanden. Dernburg hat auch seine Fehler, aber er hat sich unsterbliche Verdienste erworben. — Wir brauchen ein starkes Heer, und trotz aller freundlichen Aussprachen mit England wollen wir unsere Flotte nach unserem Programm ausbauen. Wir müssen eben Weltpolitik treiben.

Wir wollen keine Ausnahmegesetze, aber Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität mit allen Mitteln.

(Lebh. Zust. rechts.)

Raab (WV.): Die Nationalliberalen haben nur dem Kapital zuliebe gegen die Reichsfinanzreform opponiert. Immer intimer wird das Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Keine Partei übertrifft die Nationalliberalen an Wandelbarkeit. Die nationalliberale Partei macht es wie jenes Tier, das auf der einen Seite einen weißen, auf der andern einen roten Sack Mehl hängen hat.

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(16. Fortsetzung.)

„Sagen Sie mir nichts auf Klönhamel!“ sagte Wolf.

„Warum nicht? Sind er, seine Geschichten und sein Whistspielen nicht die langweiligsten Trias von der Welt —?“

„Ich finde das nicht; und obendrein hat der Mann Geschichten durchlebt, die, bei Gott, nicht langweilig sind. Kennen Sie die Geschichte mit den spanischen Schafen?“

„Bis jetzt nicht, und ich danke dem lieben Gott dafür.“

„Bitte, Papa, erzähle die Geschichte!“ bat Auguste.

„Tun Sie es, Herr Pastor,“ sagte Eugen.

„Nun denn: — der alte Klönhamel — wir nennen ihn scherzweise immer den Oberinspektor — ist eigentlich seines Zeichens ein Müller —“

„Ein Wassermüller; man merkts an seinen Geschichten!“ warf der Baron ein.

„Er hatte jedoch nicht viel Lust an der Profession, denn er war immer ein wenig bequem und deshalb, und da er einen wohlhabenden Pächter zum Schwager hatte, zog er den weißen Kittel aus und ward bei dem Schwager Herr Inspektor. Dies hatte schon mehrere Jahre gedauert und unser Freund hatte sich bereits einen Bauch zugelegt und war sehr vorsichtig in seinen Anstrengungen geworden, da sagte eines Abends der Schwager zu ihm: Onkel, alle Welt spricht jetzt von spanischen Schafen und so habe ich auch Lust darauf gekriegt, und Du könntest meinen Fuchs nehmen und nach Sachsen reiten und uns welche kaufen; hier in der Geldkatze sind siebenhundert Taler. Klönhamel läßt sich das nicht zweimal sagen und reitet ab. Wer aber nicht wieder kommt, das ist er. Ein viertel Jahr, ein halbes Jahr, ein ganzes Jahr vergeht. Der alte Wien, so hieß der Schwager, reckt sich fast den Hals nach den Schafen aus, aber wer da nicht kommt, das ist mein lieber Oberinspektor. Wien denkt nun, daß die Franzosen oder anderes Marodeurvolk — es war damals in den Kriegszeiten — ihm den Schwager beraubt und ermordet haben, tröstet sich zuerst über dessen Verlust, dann über den Verlust des Geldes und endlich auch über seinen Fuchs. Sieben volle Jahre gehen so hin, da bemerkt der alte Wien eines Abends, daß eine Herde Schafe, ein Reiter dabei, seinem Hofe zutreibt. Und als er nun näher kommt, da ist der Reiter unser Oberinspektor, und reitet einen Fuchs und die Schafe sind spanische Mutterschafe. „Was Teufel! wo kommst Du jetzt her?“ sagt der alte Wien, nachdem die erste Freude verraucht war, „ich denke Du bist lange tot und spanische Schafe habe ich seit fünf Jahren schon.“ „Nun Schwager,“ sagt darauf unser Alter, „das tut mir leid, aber sei mir nur nicht böse. Daß ich so spät komme hat einen Grund. Ich habe Unglück auf der Reise gehabt. In Berlin ließ ich mich ins Spiel ein, und dabei gingen denn Dein Fuchs und Dein Geld über Harz. Als ein Schuft konnte ich doch nicht wiederkommen? Sollte ich mich totschießen? Ich hatte zuerst Lust dazu. Da kam mir aber die Müllerei in Erinnerung, und da bin ich nach Rußland gewandert und habe da, bei Moskau herum, sieben Jahre als Mattenknecht gedient, bis ichs Geld und den Fuchsen wieder zusammen hatte, und darauf bin ich nach Sachsen gereist und habe die Schafe gekauft, uns nun bin ich hier. — Das meine Herren ist die Geschichte“.

„Ja, in solche Bedrängnisse bringt das Spiel oft die Menschen“, sagte Kitt, „ein Glück noch, daß der Mann sich nicht auch noch mit der Sünde des Selbstmordes befleckte“.

„Ja wohl!“ erwiderte Wolf, „und ein noch größeres Glück wars, daß er wiederkam. Und auch mir rechne ich es zum Glück, daß ich diese Geschichte und den Helden derselben kenne, und sie anderen erzählen kann, die sich mit mir darüber freuen“.

Eugen trank wenig und aß noch weniger. Mehr als einmal versuchte er mit Auguste ein Gespräch anzuknüpfen, aber es wollte nicht recht gehen. Der Gedanke, daß sie eine Jüdin, beklemmte sein Herz und machte ihn noch befangener, als er sonst wohl gewesen sein würde. Auch Auguste sprach wenig, Sophie desto mehr. Sie teilte Eugen die Chronik der ganzen Umgegend mit und legte ihm viele Fragen über die Schweiz und Italien vor, welche er jedoch nur kurz und zerstreut beantwortete. Pastor Kitt suchte sich in diese Gespräche einzumischen, und als ihm dies nicht gelang, wandte er sich verdrießlich zur Pastorin und sprach ihr von dem, was der lutherischen Kirche in Mecklenburg not tue. Vor allem sei's wichtig, daß die Hebammen den Katechismus auswendig lernten; nicht den profanen der Entbindungskunst, des Herrn von Siebold, sondern den großen Luther!. Es käme doch nicht selten vor, daß eine Hebamme von Gott dazu berufen sei, die heilige Taufe zu vollziehen, damit nicht ein armes Christenkindlein dorthin fahre, woher keine Rückkehr möglich. Wie schlimm stehe es aber dann, wenn die vom Herrn zur Nottaufe Berufene das Taufformular selber nicht einmal wisse, oder wenn sie als eine Uniongesinnte und wider das wahre Christentum Bellende den Exorzismus (Geisteraustreibung) bei der Nottaufe böslich unterlasse? Alle Gemüter, denen es an tieferer Sündenerkenntnis mangele, müßten nach der Natur der Sache gegen den Exorzismus sein. Es sei ja ein schweres Stücklein für die unerleuchtete Vernunft, anzuerkennen und einzusehen, daß wir mit unserer Taufe in den Kampf der Kirche Christi mit dem Reich der Finsternis als Soldaten Christi eingetreten seien, und daß es darum mit der evangelischen Wahrheit im mindesten nicht streite, dem Teufel behufs der Taufe den Krieg anzukündigen und ihn von einem Kinde wegzuweisen und auszubannen, das in der Taufe dem dreieinigen Gotte einverleibt werden solle. Schal und oberflächlich und teuflischer Irrweg sei die Lehre der Calvinisten, die heutzutage den Mantel der Union umgehängt habe und damit alle matten Fliegen fange. Mit zweischneidigem Schwerte müßten sich die Diener des Herrn wappnen und aller Orten wach sein. Er, ein schwacher Knecht des Herrn, habe auch dem Oberkirchenrat eine Denkschrift zugehen lassen, die hoffentlich billige Beachtung finden werde. Sie handele vom Taufen solcher Kindlein, die nicht aus dem Mutterleibe geboren werden könnten. Diese unglücklichen, sonst ja unfehlbar der Hölle anheimfallenden Würmlein müsse man doch suchen dem Himmel zu erobern und sie vor dem Zorn des allmächtigen und allgerechten Gottes zu retten.

„Aber solch Taufen wird doch jedenfalls die Hebamme oder der Doktor verrichten müssen, Herr Pastor, und wem gebühren denn die Sporteln?“ wandte die Pastorin ein.

„Die gebühren jedenfalls uns Pfarrern!“ meinte Kitt.

Weiterhin erzählte nun der fromme Mann der Frau von seinen Bibelstudien. Jetzt beschäftige er sich mit Hiob. Das fabelhafte Tier habe ihm viel zu schaffen gemacht. Das sei kein Einhorn wie Luther, kein Oryx wie Friedrich, Albrecht, Anton Meyer, keine Gazelle wie Reiske, kein Nilpferd wie Michaelis, kein Rhinozeros wie Stahlmann, kein Gnu wie Ewald übersetzten, sondern das sei der Name jener geschwänzten Menschenrasse, die man neulich im westlichen Abessinien wieder entdeckt habe. (Fortsetzung folgt.)

Vizepräsident Schulz: Es verstößt stark gegen die Ordnung des Hauses, eine Partei mit einem Tier zu vergleichen. (Heiterkeit.)

Raab (fortfahrend): Herr Dernburg hat im „Berliner Tageblatt" und in der „Vossischen Zeitung" jetzt geradezu unsere Kolonien beim Großkapital denunziert und es aufgefordert, sich von kolonialer Betätigung fernzuhalten. (Hört, hört! rechts.) Der schwarz-blaue Block besteht nur in der Phantasie der Liberalen. Mein liberaler Gegenkandidat hat um die Gunst der Katholiken gebuhlt. Die Liberalen haben dem Fürsten Bülow die Treue gebrochen. Der Einwand von der abgelehnten Erbschaftssteuer ist der allerschlimmste Differenzeinwand. In einem sozialdemokratischen Flugblatt in Labiau-Wehlau wurden die Freisinnigen als Gurgelabschneider bezeichnet, und nachher stimmten dann die Sozialdemokraten für diese Gurgelabschneider. Der Freisinn ist von den Wegen des aufrechten Eugen Richters abgewichen. Man könnte jetzt von vaterlandslosen Meistern und Gesellen sprechen. (Unruhe links.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich nehme an, daß Sie kein Mitglied des Hauses gemeint haben.

Raab (fortfahrend): Nein. (Heiterkeit rechts.) Gegen sozialdemokratische Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. (Heiterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie ist weder positiv noch schöpferisch. Die Akademiker zanken sich mit den Arbeitern herum, und ein Agrarprogramm bemüht man sich schon seit 15 Jahren vergebens fertig zu machen. Die sozialdemokratische Agitation spekuliert auf die Schwächen der Menschen. (Zuruf b. d. Soz.: Triole!) Dieser Ausdruck ist hundsgemein. (Präs. Graf Schwerin-Löwitz ruft den Redner zur Ordnung.)

Nun zur Kopf-ab-Sache.

1893 schrieb „Die Neue Welt": Eine junge Republik muß zu ihrer Sicherheit die Tyrannen töten. Herr Noske wies auf Portugal hin. Jedenfalls würden sich deutsche Fürsten anders benehmen als König Manuel. Schicken Sie ja nicht einmal einen Familienvater mit der Abdankungsurkunde zum deutschen Kaiser. (Lachen links. Bravo rechts.)

Es läuft ein Schlußantrag ein, der von Konservativen und dem Zentrum unterstützt wird.

Dr. Müller-Meiningen (Fort. Vpt., zur Geschäftsordnung): Nach den parlamentarisch garnicht zu kennzeichnenden Angriffen des Vorredners gegen die Linke protestieren wir gegen diesen Schlußantrag als eine ungeheuerliche Vergewaltigung der Minderheit. (Unruhe rechts. Lebh. Zust. links.)

Eberling (NL.): Auch wir protestieren gegen diese bisher noch nicht dagewesene Weise, die erste Lesung abzubrechen.

Singer (SD.): Das ist die erste Aktion des schwarzblauen Blocks in dieser Session. (Sehr wahr! links.) Dieser Schlußantrag beweist, daß der jetzige Block getreulich in die Spuren seines Vorgängers tritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Wiemer (Vp.) beantragt

namentliche Abstimmung

über den Schlußantrag. (Bravo links.) Die gesamte Linke einschließlich der Nationalliberalen unterstützt den Antrag. Der Schlußantrag wird mit 113 gegen 112 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Das Resultat wird von der Linken mit großer Heiterkeit begrüßt, die sich erneuert, als auch ein darauf gestellter Vertagungsantrag Speck (Z.) in einfacher Abstimmung abgelehnt wird, wobei Antisemiten und Polen mit der Linken stimmen.

Dr. Böhme, (fraktionslos, Bauernbund) polemisiert gegen die Wahltaktik der Rechten. (Abg. Pauli-Potsdam ruft dazwischen: Verlogenheit!)

Präsident Graf Schwerin bittet, Zwischenrufe zu unterlassen.

Dr. Böhme (fortfahrend): Herr Gans von Putlitz hätte über die Wahlagitation der Liberalen in Labiau-Wehlau lieber schweigen sollen. Konservatives Wahlbier ist in Strömen geflossen. (Hört, hört! links.) Die Landwirtschaft hat Schutzzölle nötig, aber die gehässige Stellungnahme des Bundes der Landwirte gegen die Industrie ist zu verwerfen. Wäre nicht die westliche Industrie, so würden die östlichen Arbeiter doch nicht im Lande bleiben, sondern ins Ausland abwandern. Helfen kann dagegen nur innere Kolonisation. Am Zolltarif von 1902 muß festgehalten werden. Die Grundbesitzverhältnisse im Osten, wo der Großgrundbesitz eine Fläche innehat, die größer ist als die vier westlichen preußischen Provinzen (Hört, hört! links) müssen geändert werden.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Aus Reinlichkeitsgründen lasse ich mich ungern mit Herrn Raab ein; aber er hat mich dazu gezwungen. Er sagt, wir verkehren mit der Sozialdemokratie; er selbst aber hat 1903 den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis angetragen. (Widerspruch des Abg. Raab.) Die Darstellung der Verhandlungen des freisinnigen Gegenkandidaten des Herrn Raab ist wider besseres Wissen unwahr. (Ordnungsruf des Präs.) Übrigens verlohnt es sich nicht, sich mit der „schöpferischen Tätigkeit" der Zwergpartei des Herrn Raab weiter zu befassen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Herr Erzberger fühlt sich wieder als der politische Mittelpunkt Deutschlands. Nirgendswo, selbst bei den Botokuden nicht, kann noch irgend etwas geschehen, über das Herr Erzberger nicht sein Gutachten abgibt. Besonders schön nimmt sich

Herr Erzberger als Lehrer der Wahrhaftigkeit

aus. (Sehr gut! links.) Die Finanzreform, die eine so unerhörte Steuer wie die Zündholzsteuer enthält, ist nach Herrn Erzberger ein soziales Werk. (Heiterkeit links.) Die Talonsteuer ist vom jüngsten Fraktionsmitglied des Zentrums, Herrn Martin Spahn, als plumpes Gesetz, die Steuern der Reichsfinanzreform überhaupt als rohe ungeschickte Steuern bezeichnet worden. (Hört, hört! links.) Freilich, für die Talonsteuer kann man mit einigen antisemitischen Redensarten die allerdümmsten einfangen. Herr Raab sieht mich verständnisinnig an. (Sehr gut! links.) Vor den letzten Wahlen schrieb Herr Erzberger in seiner Broschüre: Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, wird das Volk vor neuen Steuern bewahrt bleiben. Wir sind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Und dieser Herr Erzberger wirft anderen Parteien Inkonsequenz und Umfall vor. (Sehr gut! links.) Fürst Bülow hat nicht, wie Herr von Bethmann sagte, seine Person der Reichsfinanzreform unterworfen, sondern er ist als konstitutioneller Minister zurückgetreten, weil er die Finanzreform ohne die Erbschaftssteuer nicht unterzeichnen wollte. (Sehr wahr! links.) Aber Herr von Bethmann, Mitglied der Regierung, die die Reichsfinanzreform ohne Erbschaftssteuer für unannehmbar erklärte, hat nach den Worten gehandelt

Wenn das Geld im Kasten klingt, Regierung mit dem Zentrum springt.

(Stürm. Heiterkeit.) Gewiß ist die sozialdemokratische Agitation im Heere ein Unfug und eine große Gefahr, der die Militärverwaltung mit aller Schärfe begegnen muß. Aber ebenso bedauerlich ist das Hineintragen konfessioneller Gegensätze in die Armee. Schließlich wird das Zentrum noch katholische Regimenter verlangen. (Heiterkeit.) In anerkennenswerter Weise hat der neue Staatssekretär der Kolonien seinen Vorgänger gegen die Angriffe Erzbergers in Schutz genommen. Wir wünschten, daß auch ein anderer Herr das bezüglich seines Vorgängers gemacht hätte.

Der Liberalismus führt den Kampf um das gleiche Recht. Auch wir müssen Sammlungspolitik treiben, die Sammlung aller liberalen und demokratischen Elemente. Es lebe der frische und fröhliche Kampf, der Vater jedes politischen Fortschritts. (Lebh. Bravo links, Zischen im Zentrum und rechts, erneuter Beifall links.)

Vizepräsident Schulz ruft nachträglich den Abg. Müller-Meiningen zur Ordnung, weil er gesagt hat, sein Reinlichkeitsgefühl verhindere ihn, sich mit Herrn Raab zu befassen.

Gröber (Z.): Das Zentrum ist entschieden gegen Ausnahmegesetze, nur einmal hat ein Teil des Zentrums gegen sofortige Aufhebung des eben erst beschlossenen Sozialistengesetzes gestimmt. — Die Freisinnigen ärgern sich über den Verlauf der Reichsfinanzreform, weil ihnen damals das Blockbrett unter den Füßen weggezogen wurde. Es war ein Zeichen für die Unzulänglichkeit Bülows, daß er sich mit dem Freisinn eingelassen hat. Müller-Meiningen sprach davon, daß wir systematisch auf die konfessionelle Trennung des deutschen Volkes hinarbeiten. Ich weise diese Verleumdung zurück. (Unruhe b. d. Freis.)

Vizepräsident Schulz: Sie warfen einem Mitglied des Hauses Verleumdung vor. (Abgeordneter Gröber: nur objektiv. Große Heiterkeit.) Sie nehmen also das Wort Verleumdung zurück?

Gröber: Ich habe das Wort in dem Sinne gebraucht, daß Herr Müller-Meiningen wider sein besseres Wissen uns den genannten Vorwurf gemacht hat.

Vizepräsident Schulz: Dann muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Gröber: Das ist eine Unterstreichung meines Satzes.

Vizepräsident Schulz: Die Wiederholung der Äußerung, über die Sie zur Ordnung gerufen sind, muß ich rügen.

Gröber fährt fort und bezeichnet in längeren Ausführungen den Modernisteneid als eine rein kirchliche Angelegenheit, als den Eid des Priesters gegenüber seiner Kirche. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Frank (SD.): Die Debatte ist zu einem kirchlich-religiösen Streit geworden, in den ich mich nicht einmischen will. Er beweist nur, wie richtig unsere Forderung ist: Trennung von Kirche und Staat. Der Zentrumsfraktion ist es sicher nicht unangenehm, daß die Debatte in diese Bahnen eingetreten ist und noch einer kann damit zufrieden sein. Wenn der Herr Reichskanzler da wäre, hätte er Anlaß zu tiefer innerer Freude, weil er sich sagen muß: Hat denn der Reichstag wirklich nichts Besseres zu schaffen als mich und meine Sünden zu vergessen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich halte es für richtiger, wenn ich kurz (Vielseitiges Bravo!) auf unsere wirtschaftlichen und politischen Fragen eingehe. Von den bürgerlichen Parteien ist versucht worden, sich die Frage, wer ist schuld oder nicht schuld an der Finanzreform, wie einen Gummiball zuzuwerfen. Herr Henze hat sehr richtig gesagt, daß der Streit um die Finanzreform ein geschichtlicher Prozeß sei, in dem das Urteil von der Wählerschaft gesprochen werden würde. Der Reichskanzler ist für die Abkürzung des gerichtlichen Verfahrens eingetreten. Ich bedaure, daß er diese Abkürzung nicht auch für diesen politischen Prozeß will und daß er dem Volke so spät erst Gelegenheit geben will, sein Urteil in den Wahlen zu sprechen. Er verzögert die Entscheidung endlos und hat es auch abgelehnt zu sagen, unter welcher Parole der spätere Wahlkampf geführt werden soll. Er will es nicht tun, weil sich dann sofort die Kritik auf dieses Programm stürzen würde. Sehr großes Vertrauen beweist das nicht. Was keine Kritik vertragen kann, steht unter aller Kritik. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Immerhin hat uns der Reichskanzler durch eine Art Gitter auf seine Absichten schauen lassen. Der wesentlichste Teil seines Schlachtrufes für die kommenden Wahlen wird der Schutz der nationalen Arbeit sein. Dieser Schutz heißt im Sinne der Regierung: Schutz der Grundrente und des Kapitals. Es ist merkwürdig, daß zur nationalen Arbeit grade diejenigen gerechnet werden, ohne die keine Arbeit möglich ist, das sind die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die gleichen Leute, die die nationale Arbeit schützen wollen, überfluten den deutschen Osten mit slawischen Arbeitern. Der Reichskanzler will nun „Schutzgesetze". Er weiß sicher, daß die Bestrafungen wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung geringer geworden sind, obgleich die Staatsanwälte bei den Herren Arbeitswilligen anfragen, ob sie sich nicht vielleicht beleidigt fühlen wollten. Trotzdem sollen neue Gesetze geschaffen werden. Dank der Arbeiterbewegung sind die Arbeiter im Laufe der Entwickelung zu der Erkenntnis gekommen, daß sie mit Gewalt nichts ausrichten. Es ist nicht das Verdienst der Regierung, es ist das Verdienst der Arbeiterorganisation, daß die Sabotage, daß alles Gewaltsame in der Arbeiterbewegung mehr und mehr zurücktritt. Die Arbeiterschaft hat erst jüngst wieder ihre Selbstbeherrschung in glänzender Weise gezeigt im Kampfe gegen das, was der Rechten heilig ist, gegen den Schnaps. (Lebh. Zustimmung b. d. Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat erneut die Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokratie die „moralische Mitschuld" an den Moabiter Vorgängen trägt. Diese Behauptung ist unmoralisch und unvereinbar mit jedem ernsten politischen Verantwortlichkeitsgefühl. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Es sollte Sache aller Parteien sein, derartige Angriffe zurückzuweisen. Und ganz besonders das Zentrum sollte sich gegen solche Versuche wenden, Ausschreitungen von Individuen einer Partei in die Schuhe zu schieben. Dem Zentrum suchte einstmals Bismarck den Attentäter Kullmann an die Rockschöße zu hängen und auf diesen Versuch antwortete Graf Ballestrem mit einem kräftigen Pfui! (Sehr gut! b. d. Soz.) Heute aber findet der Redner der Zentrumspartei kein Wort der Zurückweisung gegen die moralische Mitschuldtheorie des Kanzlers. Es ist übrigens ein Zeichen der inneren Schwäche einer solchen Beweisführung, wenn man vom kriminellen sich auf das moralische Gebiet zurückzieht. Es war wieder von unserm Republikanismus die Rede. Glaubt man etwa, daß es die monarchische Gesinnung der Arbeitermasse stärkt, wenn sie erfahren, daß der Kaiser, wie wir aus Hohenlohes Memoiren wissen, die Zuchthausvorlage der Kanalvorlage vorzog. (Sehr gut! bei den Soz.) Mit einem großen sozialdemokratischen Wahlsieg rechnen ja auch die Gegner. Fürst Hatzfeld möchte sich trösten mit der Mitläufertheorie: Die Mehrzahl der Wähler der Sozialdemokratie stehen nicht auf dem Standpunkt des sozialdemokratischen Programms. Das sagt der Vertreter einer Partei, die kein Programm hat und kein Programm gehabt hat, einer Partei ohne Programm und ohne Wähler. (Heiterkeit.) Herr Raab ist moralisch entrüstet über angebliche liberal-sozialdemokratische Techtelmechtel. Er sollte lieber vor der Tür seines eigenen Fraktionchens kehren. Sein Fraktionskollege Vogt-Hall hat es fertig gebracht, gleichzeitig den Fortschrittlern Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie und den Sozialdemokraten Wahlhilfe gegen die Fortschrittler in Aussicht zu stellen. (Stürm. Hört, hört und Heiterkeit links.) Es war auch wieder die Rede von dem angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen. Ein der Sozialdemokratie so feindlicher Arbeitgeber wie Kommerzienrat Menck-Altona erkennt die fruchtbare Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Krankenkassen an. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Darstellungen des Herrn Heinze in der Chemnitzer Krankenkasse waren völlig unzutreffend. Herr Gröber hat sich allerdings gegen Ausnahmegesetze erklärt. Die Frage aber hat er nicht beantwortet, wie sich das Zentrum zu einer Verschärfung des allgemeinen Rechts stellt. Der Hinweis auf die Haltung des Zentrums bei der Zuchthaus- und Umsturzvorlage sagt nicht, ob das Zentrum nach 14 Jahren noch derselben Anschauung ist. Wer bürgt uns dafür, daß wenn diesmal die Reichsregierung dem Zentrum in der Bekämpfung des diesem besonders unangenehmen wissenschaftlichen Umsturzes entgegenkommt, daß dann das Zentrum ein gegen die Arbeiter gerichtetes Umsturzgesetz nicht dankbar akzeptiert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Einige Beschleunigung des Strafprozesses wäre auch für die Sozialdemokraten wünschenswert, die oft monatelang in Untersuchungshaft bleiben müssen, aber was der Reichskanzler angekündigt hat, zeigt, daß man nur für Prozesse gegen Gewerkschafter oder Sozialdemokraten ein abgekürztes standrechtliches Verfahren haben will. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die nächsten Wahlen auch nicht eine Götterdämmerung bringen werden, so doch eine Götzendämmerung. (Sehr gut! links.) Freilich beginnt man politische Kämpfe nicht so, daß man sich bei den Gegnern entschuldigt, weil man sich erlaubt hat, sie zu besiegen, wie der nationalliberale Abg. Heinze getan hat. (Heiterkeit links.) Die Konservativen vergessen bei ihren Notschreien „Markgraf werde hart!", daß diesen Ruf der Schmied von Ruhla deshalb an den Landgrafen richtet, weil die Adeligen den Namen des Fürsten mißbrauchen und das Volk schinden und der Landgraf schafft dort auch Hilfe, er pflügt selbst den Acker und spannt vier Edelleute ein. (Hört, hört! und Heiterkeit links.) Wir rufen keinen Landgraf an. Uns ist es gleichgültig, ob der Landgraf hart oder weich werden wird. Der Schmied von Ruhla schmiedet heute Waffen für den eigenen Gebrauch und die werden ihn zum Siege führen. Keine Macht kann den Prozeß zur Demokratisierung Deutschlands aufhalten. Was dem von einem Mann mit klugem Geist geführten System von Blut und Eisen nicht gelungen ist, wird auch nicht gelingen dem heutigen System aus Gummi und Blech. (Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichskanzler hat kein Ausnahmegesetz angekündigt. Die Regierungen werden den bereits veröffentlichten Entwurf auf Grund der Kritik, die er gefunden hat, nochmals prüfen. (Beif. rechts! und l. Z.)

Everling (NL.): Gröbers Ton gegen ein fast achtzigjähriges Mitglied dieses Hauses war mir sehr peinlich (Sehr wahr! links.) In der Borromäus-Enzyklika wird der Protestantismus als Anfang der Entwicklung zum Atheismus bezeichnet. (Hört, hört! links.) Der Papst hat nicht einmal Bedauern für die beleidigende Form gehabt und es war garnicht angebracht, daß der Reichskanzler für die Zurücknahme warmen Dank ausgesprochen hat.

Kreth (K.) polemisiert gegen Freisinnige, Nationalliberale und Sozialdemokraten. Mit Recht hat der Reichskanzler die törichte Provokation in bezug auf die Moabiter Krawalle zurückgewiesen. Die gestrigen Tumulte hier im Reichstage gaben einen schönen Vorgeschmack von der Freiheit der Meinungsäußerung im Zukunftsstaat. Die Sozialdemokratie wird am Felsen der preußischen Monarchie zerschellen. (Bravo! rechts.)

Raab (WVg.) polemisiert gegen Dr. Müller-Meiningen.

Schrader (FVp.) polemisiert gegen die Abgg. Gröber und Kreth.

Die Debatte wird geschlossen, der Etat an die Budgetkommission verwiesen und die nächste Sitzung auf Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, anberaumt. (Interpellationen über die Zündholzsteuer, Rechnungssachen.)

Schluß 10 Uhr.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Verhandlung am Mittwoch beginnt mit der Vernehmung des Krüppels, der aus Angst vor der Polizei unter einen Wagen kroch und dort noch von einem Leutnant gestochen worden sein soll. Es handelt sich um einen Arbeiter Gill, der aussagt, er sei von einer Schutzmannskette überrannt worden, da er wegen seines Stelzfußes nicht so schnell davonlaufen konnte. Er sei mit dem Kopf gegen die Wand eines Hauses geflogen und bewußtlos liegen geblieben. Als er wieder zu sich kamm, habe er sich bei einem Polizeileutnant beschwert, der ihm sagte, er solle nach dem Kohlenplatz von Kupfer gehen und dort seine Beschwerde vorbringen. Das hat der Krüppel getan; als er den Kohlenplatz betrat, wurde er von zwei Schutzleuten und einem Kriminalbeamten empfangen, die ihn, als er mitteilte, daß er von einem Leutnant geschickt sei, um sich zu beschweren, sofort wieder schlugen. Er ist von dem ersten Sturz so benommen gewesen, daß er nicht genau sagen kann, ob er unter einem Kohlenwagen Schutz gesucht hat. Es scheint sich demnach um eine andere Persönlichkeit zu handeln, die geflüchtet ist und dann gestochen wurde.

Es werden dann noch einige Zeugen zum Fall Pilz vernommen. Ein Glasermeister Marunde aus dem Westen Berlins war nach Moabit gegangen, weil er auf einem Bau von Rohrlegern Drohungen gegen die Polizei gehört hatte. Er wollte sehen, ob diese Rohrleger ihre Drohungen auch wahrmachen würden. Dabei ist er zufällig an einigen Tagen in das Pilzsche Lokal gekommen und hat dort Mißhandlungen und Bedrohungen von Arbeitswilligen, sowie Schimpfworte gegen die Polizei gehört. An alledem habe sich der Gastwirt Pilz hervorragend beteiligt.

Es wird dann Frau Mahnkopf vernommen, eine Schwester des mißhandelten Arbeitswilligen Wellschmidt. Sie erteilt ihrem Bruder ein außerordentlich schlechtes Zeugnis; von klein an war er nichtsnutzig und verlogen, sodaß er in eine strenge Zwangserziehung kommen mußte. Auch später hat er nie regelmäßig gearbeitet, sondern bei seiner Mutter und bei seinen Schwestern herumzuschmarotzen versucht. An dem Abend, an dem er geschlagen wurde, am 5. Oktober, habe er ihr nichts von Schlägen mit einem Gummiknüppel gesagt, sondern nur von Schlägen mit der Hand. Er habe auch nicht Verletzungen gehabt, wie sie bei Schlägen mit einem Gummiknüppel zu erwarten seien. Aber später habe er gesagt, Kriminalbeamte hätten zu ihm gesagt, er solle vor Gericht angeben, er sei mit einem Gummiknüppel geschlagen worden. Am 9. November habe die Mutter des Wellschmidt zu ihm gehen wollen, um Geld von ihm zurückzuverlangen. Sie habe sich aber nicht allein hingetraut, und deshalb sei sie, die Zeugin, mitgegangen. Bei der Gelegenheit habe sie ihrem Bruder gründlich ins Gewissen geredet, nur ja die Wahrheit vor Gericht zu sagen, denn es handle sich vor Gericht um eine beschworene Aussage. Ihr Bruder aber habe in brutaler Weise gesagt, ihm sei es ganz gleich und wenn der Pilz zehn Jahre ins Zuchthaus käme, worauf sie, die Zeugin, sagte: „Aber Otto, daß kann Dir doch unmöglich gleich sein."

Während der Aussage dieser Zeugin geht die Zeugin Schwanzow, die Geliebte Wellschmidts, auf die Zeugin

Mahnkopf zu. Der Vorsitzende läßt sie durch einen Gerichtsdiener auf ihren Platz zurückbringen. Nach Beendigung der Aussage wird die Zeugin Schwanzow vorgerufen und dieser Zeugin gegenübergestellt. Zur Vorsicht läßt der Vorsitzende jedoch einen kräftigen Gerichtsdiener zwischen die beiden Zeuginnen treten. Die Zeugin Schwanzow bleibt dabei, daß die Zeugin Mahnkopf nebst ihrer Mutter bei jenem Besuch versucht haben, den Wellschmidt zu bewegen, vor Gericht anders auszusagen, als er früher gesagt hat und als es der Wahrheit entspricht. Freilich muß sie zugeben, daß der Versuch gemacht worden ist, um von Wellschmidt ihm geliehenes Geld zurückzuverlangen.

Sehr zuungunsten der Polizei sagten 3 Zeugen aus, die auf ausdrückliches Befragen der Verteidigung erklärten, daß sie nicht das geringste mit der Sozialdemokratie zu tun haben. Ein kgl. Förster a. D. bekundete einen grauenhaften Vorfall, den er von seinem Balkon aus beobachtet hat. Auf einen einzelnen Passanten sei eine Schutzmannspatrouille von 4 Mann losgegangen. Die Schutzleute hatten den Säbel gezogen, sowie ihm einen furchtbaren Schlag versetzt. Am nächsten Morgen hat der Zeuge eine Blutlache von 30 Zentimeter im Umfang an der betreffenden Stelle gesehen. Der Mann stürzte mit dem Kopf vornüber an die Wand, aber trotzdem haben die Polizisten sich, wie der Zeuge sagt, nicht entblödet, noch 4 bis 5mal auf ihn loszuschlagen. Die Schläge sind mit einer furchtbaren Gewalt geführt; er hat auf seinem Balkon das Sausen und Pfeifen der Hiebe gehört und als einmal ein Schlag vorbeiging und der Säbel das Trottoir berührte, so habe er direkt einen feinen Strahl aufblitzen sehen. Ein weiterer Zeuge, ein 69 Jahre alter Zimmermeister wollte seine Frau, die außerhalb war, vom Bahnhof Beußelstraße abholen. Er sah, daß auf der Straße viele Menschen standen, und da er fürchtete, seine Frau könne nicht durch, ging er in ein ihm bekanntes Restaurant, um von hier aus zu telephonieren. Der Wirt hat in der Tür gestanden mit dem Schlüssel in der Hand und nur bekannte Personen hineingelassen. Er, der Zeuge, setzte sich vorn an. Nach ungefähr 5 bis 6 Minuten ist ein Leutnant und einige Schutzleute mit gezücktem Säbel in das Lokal gezogen, habe verlangt, daß das Lokal geräumt werde und ihm selbst sofort einen Säbelhieb über das Kreuz versetzt, woran er noch heute krank ist. Die Schutzleute schrien „Haut die Hunde". Auf Befragen der Verteidigung sagt er unter Eid aus, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß aus dem Lokal etwa geworfen oder geschimpft wurde. In dem Lokal verkehrt nicht etwa Arbeiterpublikum, sondern Kleinmeister und kleinere Beamte. Die Verteidigung beantragt, die Personen, die der Zeuge namhaft macht und die die Räumung des Lokals mit angesehen haben, als Zeugen laden zu lassen.

Weiter sagt der Zeuge aus, daß auch seine Frau ähnliche Greuelszenen mit erlebt hat; beide mußten sich vor Aufregung ins Bett legen.

Ein Aktuar, der beim Gericht beschäftigt ist, stand in der Turmstraße und wartete auf die elektrische Bahn. Er erhielt ohne weiteres drei Schläge mit dem Säbel. Publikum war überhaupt nicht zu sehen.

Ein heiteres Intermezzo bot die Vernehmung des bekannten christlich-sozialen Agitators Kluge, eines erbitterten Gegners der Sozialdemokratie, der in früheren Jahren in Berlin in allen sozialdemokratischen Versammlungen aufzutreten pflegte. Der Zeuge erzählt mit einem endlosen Wortschwall nicht etwa) was er selbst gesehen hat — nebenbei bemerkt ist das herzlich wenig — sondern er hält ein vollständiges Plädoyer gegen die Sozialdemokratie zugunsten der Schutzleute. Er schildert das Publikum in Moabit als lauter Sozialdemokraten und behauptet, daß namentlich die von der Sozialdemokratie infizierten Frauen sich durch Geschrei und durch Gejohle hervorgetan haben, daß die Marseillaise und andere Arbeiterlieder gesungen worden sind. Er bestreitet mit großer Entschiedenheit, daß Janhagel in der Menge war und lobt die Ruhe und Geduld der Schutzleute; er hätte er als Schutzmann nicht solche Ruhe an den Tag gelegt. Im Gegensatz zu allen anderen Zeugen hat dieser Zeuge nicht gesehen, daß die Schutzleute auch nur den Säbel gezogen haben, ein Zeichen dafür, daß er offenbar nur an Stellen gewesen ist, wo nichts los war.

Die Verteidigung verbat sich erklärlicherweise, daß ein Zeuge ein Plädoyer hält und der Vorsitzende, der ursprünglich gegen die Ausführungen des Herrn Kluge nicht einschreiten wollte, sah sich schließlich doch gezwungen, ihn wiederholt zu ersuchen, nur auf Fragen zu antworten.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus. Die Weiterverhandlung findet am Freitag statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik in der Holzwarenfabrik von Schütze in Finsterwalde ist nach achtwöchentlicher Dauer für die Arbeiter erfolgreich beendet worden und zwar durch Verhandlungen, die durch den Bürgermeister eingeleitet wurden. Dieser Abschluß ist darum besonders erwähnenswert, weil der Kampf mit ganz besonderer Erbitterung geführt wurde und Fabrikant wie Arbeitswillige Unerhörtes an Provokationen der Streikenden leisteten. Eine größere Anzahl Streikender, die sich durch die Revolver und Schlagringe der „nützlichen Elemente" bedroht sahen, und diese abwehrten, sitzen schon seit längerer Zeit in Untersuchungshaft; es soll ihnen der Prozeß wegen Landfriedensbruch gemacht werden. Der Erfolg der Lohnbewegung ist ein vollständiger. Die Arbeitszeit wird sofort auf 57 und während der Vertragsperiode auf 54 Stunden verkürzt. Außer dem Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit werden alle Stundenlöhne um 5 Pfg. — verteilt auf die vierjährige Vertragsperiode — aufgebessert. Überstunden werden mit 10 Pfg. Aufschlag bezahlt. Akkordarbeiter, bei Lohnarbeit beschäftigt, erhalten den erzielten Durchschnittsverdienst des letzten Vierteljahres als Lohn bezahlt. Der Mindestlohn für Maschinenarbeiter beträgt 37, für Hilfsarbeiter 30 Pfg. pro Stunde.

Die Nützlichkeit der Arbeitswilligen. In der Rastatter Waggonfabrik streiken seit einigen Wochen die Metallarbeiter und Holzarbeiter. Die Streikbrecheragenturfirma Witwe Müller in Hamburg hat nach dorthin eine Kollektion Arbeitswilliger geliefert. Als ein Meister der Firma von einem dieser Helden Arbeit verlangte, bekam er zur Antwort: „Wir sind nicht zum Arbeiten gekommen, wir wollen bloß Geld, wir wollen bloß den Streik brechen!" Genau nach dem Rezept des Hintze.

Gegen Spitzeltum und Maßregelungen im sächsischen Eisenbahnbetrieb nahm das Dresdener Gewerkschaftskartell nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Wirth, der gemaßregelter Eisenbahner ist, eine Resolution an, in der erklärt wird, daß auch den Eisenbahnern das nach § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht von den Eisenbahnverwaltungen nicht streitig gemacht werden dürfe. Die Versammlung des Dresdener Gewerkschaftskartells beschloß, die Reichssektion der Eisenbahner (Deutscher Transportarbeiterverband) mit allen Kräften und Mitteln der Solidarität bei ihrer schwierigen Agitation zu unterstützen. Sie sprach ferner über die unternommenen Bespitzelungsversuche ihren tiefsten Abscheu aus mit der Erklärung, das die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten energisch das uneingeschränkte Koalitionsrecht der Eisenbahner fordern werden.

Gasarbeiterstreik in Zwickau. Die Arbeiter des Innenbetriebes der Zwickauer Gasanstalt haben die Arbeit eingestellt. Veranlassung hierzu gab die Ablehnung der hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter, besonders der Wiedereinstellung der gemaßregelten Lohnkommission, der Abschaffung der 18stündigen Wechselschicht, bessere Behandlung durch die Vorgesetzten sowie Aufbesserung der Grundlöhne. Die Gaswerksdirektion aber hatte nach dem Grundsatz „teile und herrsche" verfahren und nur einzelnen älteren Arbeitern Zulagen gewährt, die Mindestlohnsätze aber für Hofarbeiter auf 33 Pfg. und für Feuerhausarbeiter auf 39 Pfg. belassen. — Vom Magistrat zum Arbeitswilligendienst abkommandierte Bauamtsarbeiter sowie eine Anzahl Bauarbeiter, die private Unternehmer nach dem Gaswerk geschickt hatten, haben sich zu Streikbrecherdiensten nicht hergegeben, sondern sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Bei stattgefundenen Verhandlungen hat der Gasdirektor die gezahlten Grundlöhne ausdrücklich für ausreichend bezeichnet und betont, daß von Nachgeben keine Rede sein könne. Der Streik dauert daher unverändert fort und steht zu erwarten, daß wenn wie bisher Arbeitswillige sich nicht zum Dienst melden, die Gaswerksdirektion Zugeständnisse machen muß.

Zum Bergarbeiterstreik in Hausham. Nach genauer Feststellung sind Montag von der 1600 Mann starken Belegschaft etwa 130 angefahren. Der unterirdische Betrieb ruht vollständig. Das Gendarmeriekommando ist auf 40 Mann verstärkt worden, findet aber keinen Anlaß zum Einschreiten, da die Streikenden selbst die Ordnung aufrecht erhalten. Das Werk will im Ruhrrevier Arbeiter, besonders Heizer und Maschinisten, anwerben. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Justiz gegen kämpfende Arbeiter. Der Kampf zwischen den Metallindustriellen und den Metallarbeitern wegen des Leipziger Arbeitsnachweises ist zu Ende. Die Unternehmer haben anerkennen müssen, daß die Beschwerden der Arbeiter berechtigt waren. Nunmehr aber ist die Justiz in Aktion getreten, um die Missetäter zu bestrafen, die sich während der Sperre „Ausschreitungen" zu schulden kommen ließen. In den letzten Tagen wurde ein Arbeiter, der einen Sperrebrecher „Streikbrecher" genannt und einem anderen Abtrünnigen einen leichten Schlag ins Gesicht versetzt hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ein anderer Arbeiter soll einen Arbeitswilligen mit der furchtbaren Drohung erschreckt haben, er könne sich gratulieren. In diesem Falle lautete das Urteil auf eine Woche Gefängnis. Seine Entlastungszeugen wurden einfach abgelehnt. Es stehen in nächster Zeit noch weitere Verurteilungen in Aussicht. Sie erfolgen sämtlich auf Grund von § 153 der Gewerbeordnung, obwohl es sich bei dem Kampfe lediglich um Besserung der Zustände des Arbeitsnachweises, nicht aber um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelte. Die Justiz zieht jedoch die Anwendung der Gewerbeordnung dem gemeinen Strafgesetzbuch vor, weil der § 153 der Gewerbeordnung keine Geldstrafe zuläßt, sodaß es dadurch ermöglicht wird, die kämpfenden Arbeiter in das Gefängnis zu stecken. Die betroffenen Arbeiter werden hoffentlich Berufung einlegen, um eine Entscheidung der oberen Instanzen herbeizuführen.

Das gefährdete Ansehen der deutschen Armee. Ein Telegramm aus Düsseldorf meldet: Eine harte Strafe verhängte das hiesige Kriegsgericht über einen Musketier des Infanterieregiments 159 aus Mülheim a. d. Ruhr, der während der Eisenbahnfahrt, als er sich auf Urlaub befand, in betrunkenem Zustande auf das Militärwesen schimpfte. Ein Unteroffizier der Landwehr, der im Nebenabteil die Schimpfereien hörte, erstattete Anzeige. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis (!!), da durch derartige Redensarten das Ansehen der deutschen Armee gefährdet (!!) werde. Durch solche Urteile wird das Ansehen der deutschen Armee natürlich nicht gefährdet.

Aus Nah und Fern.

Lohnerhöhung für die Eisenbahnarbeiter. Nach einer Meldung bürgerlicher Blätter ist den Arbeitern der Staatsbahnen eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. für den Tag mit Rückwirkung vom 1. Dezember bewilligt worden. Für Preußen macht die Lohnerhöhung eine Summe von 12,5 Millionen Mark aus. Die Lohnzahlungsstellen sollen bereits angewiesen sein, die Beträge vor Weihnachten auszuzahlen.

Das Grubenunglück auf Zeche Holland. Aus Bochum wird gemeldet: Von den auf der Zeche „Holland" bei der jüngsten Schlagwetter-Explosion verunglückten Bergleuten sind jetzt noch zwei ihren Verletzungen erlegen. Der Verschütte Bergmann Owczarczak wurde als Leiche geborgen. Er war von der abgestürzten Gesteinmasse verschüttet und, wie es scheint, sofort erschlagen worden.

Weitere Margarineerkrankungen. In zwei Düsseldorfer Familien sind wieder Erkrankungen nach dem Genuß von Margarine, Marke Luise, vorgekommen.

Schiffsunfall. Wie aus Rejkjavik vom 1. Dezember gemeldet wird, wurde bei Skaptaros ein Boot aufgefunden, in dem das Schiffsjournal von Gustav Ober-Bremerhaven und das Journal vom Steuermann W. Schmidt bis 24. November geführt worden war. Eine Leiche, die einen mit M. Fischer gezeichneten Fingerring trug, ist dort an Land getrieben. Sonst fehlt von der Besatzung jede Spur.

Spiele nicht mit Schießgewehr. In Jähnsdorf (Regbz. Frankfurt a. O.) erschoß beim Spielen der dreizehnjährige Sohn des Häuslers Schultz seine zwölfjährige Schwester mit einem Jagdgewehr.

Vorsicht vor Zündplättchen. In der Tasche eines Schülers in Dortmund entzündete sich eine Schachtel mit Zündplättchen. Der Knabe erlitt schwere Brandwunden.

26 Bergleute verschüttet. Infolge einer Explosion in einer Mine in der Nähe von Tacoma, der Bond Coal Company gehörend, wurden 26 Bergleute verschüttet. Gegen 20 sollen tot sein.

Ein jugendlicher Brandstifter. In dem Dorfe Beckinghausen bei Dortmund kamen in letzter Zeit zahlreiche Brandstiftungen vor, und es fiel der Polizei auf, daß ein Quartaner in der Regel als erster an der Brandstelle erschien und dem Feuer neugierig zusah. Er wurde jetzt verhaftet und gestand, in fünf Fällen das Feuer angelegt zu haben, darunter sogar in dem Hause, das seine Eltern bewohnen. Der jugendliche Brandstifter wurde dem Dortmunder Gerichtsgefängnis zugeführt.

Blutiges Drama im Gerichtssaal. In Riom, im französischen Departement Puy-de-Dome, erkundigte sich der Schuhmacher Boilon im Gerichtssaale bei dem Oberstaatsanwalt und dessen Vertretern, was aus einer von ihm eingereichten Klage geworden sei. Als ihm die beiden Vertreter erwiderten, daß sein Prozeß aussichtslos sei, feuerte Boilon mehrere Revolverschüsse auf sie ab und verwundete beide schwer.

Ein Zwischenfall in einer Wahlversammlung. In Dundrum, Bezirk Dublin, brach bei einer Wahlversammlung der Nationalisten der Fußboden der Versammlungshalle ein. Etwa 100 Personen stürzten in das Erdgeschoß, in dem sich Pferde befanden. Sechs Personen wurden tödlich, eine große Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt.

Infolge der furchtbaren Regengüsse in England finden überall Überschwemmungen und Erdstürze statt. Im Rhymey-Tal haben sich enorme Erdlawinen in Bewegung gesetzt, die die Eisenbahn in dem Tal zu versperren drohen.

Um eine Kuh. Zu schweren Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Hindus ist es in der vorderindischen Hafenstadt Kalkutta gekommen. Die Ursache der Kämpfe liegt in den religiösen Anschauungen der Hindus, denen die Kuh als ein heiliges Tier gilt, das nicht geschlachtet werden darf. Am Freitag stürmte eine Anzahl fanatischer Hindus den Laden eines Fleischers, um eine Kuh zu „retten". Das war das Signal zu einem Zusammenstoß zwischen den Mohammedanern und Hindus, bei dem es gegen 150 Verwundete und zwei Tote gab. Die Unruhen dauerten während der Nacht fort. Zu ihrer Unterdrückung wurden nach dem Stadtviertel Marvari, das der Schauplatz der Vorgänge ist, zwei Kompagnien Infanterie mit Maschinengewehren und eine Schwadron Kavallerie kommandiert. Das Eintreffen der Truppen machte keinen Eindruck auf die Menge, die den Kordon zu durchbrechen suchte. Hierauf griff die Polizei an und trieb die Menge, nachdem sie kurz Widerstand geleistet hatte, auseinander. Vierundzwanzig Personen wurden verletzt. Die Ordnung ist zwar wiederhergestellt, aber die Mohammedaner fahren fort, sich in großen Massen zusammenzurotten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Montag nacht starb nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Großmutter,

Katharina Schmüser,
geb. Wienck,

im 61. Lebensjahre, tief betrauert von ihren Hinterbliebenen.

Daniel Gatermann und Frau, geb. Schmüser.
Martha Rohwedder, geb. Schmüser
Martin Schmüser und Frau, geb. Pottlitz.
Marie Stolze, geb. Wienck.
Fritz Wienck und Frau.

Trauerfeier findet Freitag, den 16. d. M., nachmittags 2¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage hiermit allen, die uns ihre Teilnahme bekundeten, sowie Herrn Senior Lindenberg für die trostreichen Worte, auch im Namen der Familie herzlichsten Dank.

Wilhelm Schiering.

Für die mir aus der Unterstützungskasse der Firma Stolterfoht, Moislinger Allee, gewordene Unterstützung sage meinen besten Dank.

Martha Knuth.

Ein freundl. Logis zu vermieten Ludwigstraße 31.

Eine Flügelwohnung zum 1. Januar zu vermieten Untertrave 7.

Zum 1. Januar oder später **frdl. Wohnung** mit Stall und Gartenland zu vermieten. Ang. u. **D F** an die Exp. d. B.

Eine Zweizimmerwohnung, Mitte der Stadt. Näheres bei **Ed. Schlomer,** Breitestraße 85/87.

Gesucht kleine Wohnung (Stube und Küche) für einen Mann. Off. u. **S K F** an die Exp. d. Bl.

Arbeiterinnen
Abteilung Räucherei
gesucht.
August Schumacher.

Puppenwagen zu kaufen gesucht. Ang. u. **P Sch 10** an die Exped.

Ein gr. Säulenspiegel mit Stufe (Tombolagewinn) weg. Platzmangel zu verk. Näh. Engelswisch 31, pt.

Ein guterh. Kinderwagen 12 Mk., Paar belg. Riesenkaninchen 5 Mk., ein Heckbauer 4 Mk. zu verk. Zu besehen Loiannstraße 13, l., r.

Zu verk. **Weihnachtskistchen und Holzkasten** 44 : 56 mit Deckel. **Heyde,** Königstraße 38.

Puppen-Kleider, -Mäntel und **-Hüte,** niedlich angefertigt, billig zu verkaufen. Hüxstraße 34 II.

Ein **Koffer, Petroleumkocher** u. leerer **Krämerladen** billig zu verkaufen. Bülowstraße 5, part.

Ein fast neuer **Kinderklappstuhl** billig zu verkaufen. Generalsstraße 55, part., Holstentor.

Ein gut erhaltener **Kinderwagen** billig zu verkaufen. Marlistraße 82 II.

3 Theatermäntel, 1 Astrachanjacke, 2 Kellner-Fracks, 1 Herren-Anzug billig zu verkaufen. Krähenstraße 6, part.

Tannenbäume zu verkaufen: Parade, Arnimstraße 1 a u. Schönkampstraße 20. **Friedrich Berott.**

Ein schwarzer **Gehrock-Anzug,** für schlanke Figur, zu verkaufen. Schwartauer Allee 223 a III.

Kleines Grammophon zu verkaufen. Hüxstr. 38, Laden.

Ein starker **Puppenwagen,** ein **Krimmerkragen** zu verkaufen. Wakenitzmauer 1 II.

Moderne Garnitur, Sofa, Chaiselongue, Vertiko, Trumeau, Sofatisch, Ausziehtisch usw. billig zu verkaufen. 4% Rabatt. Hundestr. 13, i. L.

1 Paar russische **Kaninchen** und frische **Rehleier** zu verkaufen. Friedenstraße 93.

Knabengarderobe wird gutsitzend angefertigt Beckergrube 99, II. Daselbst auch Damen- u. Kinderkleid.

Bilder
werden gut und billig eingerahmt.
L. Beiß, Glaser, Mittelstr. 14.

Haarschneiden für Erwachsene **20** Pfg., **Rasieren 10** Pfg., Haarschneiden für Kinder **10** Pfg., abends nach 5 Uhr. **Carl Richter,** An der Mauer 92.

Hasen-, Kanin-, Wildfelle, sowie Pferdehaare kauft zu den höchsten Tagespreisen **D. Wagner, Holstenstraße 8.**

Damen-Frisieren in und außer dem Hause 40 u. 60 Pfg. **M. Prahl,** Westhoffstr. 8.

Zu Weihnachts-Einkäufen
halte bestens empfohlen:
Wal-, Hasel-, Paranüsse, Mandeln, Traubrosinen, Datteln, Feigen, Aepfel, Apfelsinen, Weintrauben, sowie Lübecker Marzipan täglich frisch.
Versand nach auswärts prompt.
J. Sühr
Untertrave 22.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Kohlmarkt 5 **Gebr. Barg** Tel. No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren. Aussteuer-Artikel. Damen- und Kinder-Konfektion. Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

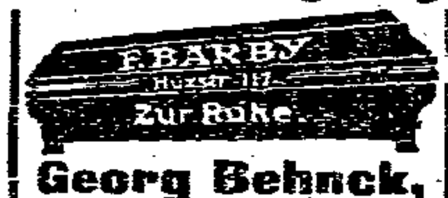
Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Kühl, Hüxstr. 34 Lieferant d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Bichelsen, Königstr. 111. Tomb.-, Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbäckerei „Hansa" J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.
Wilh. Hüper, Beckergrube 76.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Packenb. Allee 57a.
A. Metelmann, Schlum.-Str. 1. Sp.: Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.
E. Reinhold, Eutin, Kielerstr. 34. Weiß-, Fein-, Grobbäckerei.
Johs. Gode, Moisling, Grob-, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Schünemann Reinfeld, Kirchsteig Fein-, Weiß-, Grobb.
Joh. Elvers, Schlutup, Lübeckerstr. 46. Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Wesloerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Seerets.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.



Georg Behnck, Lübeck, Warendorpstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Horenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackenburg.
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
C. Buchholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4. Besohlanst. „Elektric".
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
J. Falkhorst, Warendorpstr. 20. Fünfhausen 7.
Johs. Petersen, Kupferschmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt Adler-Bier.
Aktien-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu. Braunbier.
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulf Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Lübecker Hansa-Bier

Zur Walkmühle
H. Lück
empfiehlt Lagerbier in Gebinden und Flaschen.

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 **August Scheere** Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H. E. Koch's Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u. Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spieg., Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestr. 7.

G. Stooss Fischergrube 25

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128. ff. Braunbier.
Paul Flemming, Engelsgrube 62/64. Eimer-, Braun- und Doppelbier
C. Hochbaum, Schulstr. 8. Braun- und Eimerbier.
Grabower Hellbier 12 Fl. M. 1.30 frei Haus Bierverl.
L. Meyenborg, Warendorpst. 52/54.
Adolf Osbahr, Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87
Braunbier Hermann Stamer.
F. Weiermiller Schwartauer Allee No 3b
Eimerb. b. Meyenborg, Warendorpst.
Heinr. Wilcken, Engelswisch 17/19 ff. Braunbier.
Franz Langlob Schlutuper ff. Braunbier

Brennmaterialien
Otto Höfke, Lübeck, Blanckstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorff, Lübeck, Hüxstr. 71.

Bürsten, Kämme
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Joh. Beutin, Lübeck, Hüxstr. 42.
L. Erdmann, Fleischhauerstr. 4. Fleisch-, Wurstw. Herings.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Rud. Jaacks, Inhaber: H. Scheel, Kupferschmiedestr. 7.
C. Krapp Ob. Wahmst. 6 Eierhandlung en gros, en detail
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Th. Storm Nachf., Königstr. 98. T. 473. en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus, Fr. Warnecke, Breitestraße 1/5.
Hans Wegener, Wahmstr. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12

Chem. Färb., Wäsch.
Alw. Karstadt, Lübeck, Holstenst. 20, Warend.-St. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
H. Böttcher, Fackenbg. Allee 11 Cig. i. allen Preislagen.
Conrad Hardt, Huxstraße 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr. Möller, Holstenstr. 42.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Otto Schlamm, Königst. 48b. „Aulla", hochf. 6-Pf.-Cigarre.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Balauerfohr 29.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Lüb.-Str. 2

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwasch-, Plättanst.
Pariser Neuwäscherei, Paul Duncker, Loignystraße 3. Fernruf 1305, 529.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1c.

Drogenhandlungen
Otto Bähnk, Lübeck, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.

Drogerien
J. Becker, Lübeck, Dornestr. 29.
F. W. Busch, Roeckstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Burg-Drogerie, H. Oelgart Nachf., Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Marlist. 42. T. 736.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Carl Muß, Schlossstraße (Ecke Hauptstr.)
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moisl. Allee 6a.
Otto Schicke, Fackenbg. Allee 70.
H. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthien, Seeretz.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlenbr. 2. Rep.-Werkst. aller Syst.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.

Fahrr., Nähmasch.
Deutsches Nähmaschinen-Haus **Gustav Rath,** Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Otto Dortmundt Schwart. Allee 99 Eig. Repar.-Werkst.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15. Lübecker Fahrräder.
Hugo Meier, Wahmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
O. Störzner, Hüxstr. 54, Johannesstr. Mangeln, Wasch- u. Wringm.
Th. Vedder, Friedenstraße 1 Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
Johs. Marcks, Schlutup.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71 Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
Wilh. Bandholtz, Lübeck, Hüxstr. 92. Fußbodenöl „Bandol".
J. Becker, Dornestr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Hansa-Drogerie Karl Mayer, Fackenbg. Allee 10. Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heickendorf, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Otto Schicke, Fackenbg. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland, Wilh. Schmidt Nachflgr., Lübeck, Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Paul Boldt, Wahmstr. 22.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Johs. Heick, Markt 2, Kohlmarkt 14. Spezialität: Prima Fleischwaren.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
Herm. Kähler, Sadewastr. 35. Erstklassige Ware billig.
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.
W. C. Koeppke, Schlachterei und Wurstfabrik, Klingenberg N. 3/4. Telephon 489. ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik Heinrich Kronsbein, Travelmannstr. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 95. Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurstwaren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Küntzel, Blücherstr. 22. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
A. Meiz, Glockengießerstr. 73. — Fernruf 2358. —
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Willy Niß, Warendorpstr. 53, Ecke Schwart. Allee.
Jos. Pautsch, Holstenstr. 22. Fernr. 1240. Sp.: ff. Aufschnitt.
Friedrich Paetau, Wurst-Fabrik. Mühlenstr. 27. Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Georg Rehder, Hüxstr. 79.
A. Rolf, Gr. Burgstr. 37. Telefonruf: 1772.
Christ. Scheel, Westhoffstr. 33.
H. Schmalfeld & W. Mamerow, Reiferstr. 26. Telephon No. 2152.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Carl Tiedt, Ob. Trave 7. Telephon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenstr. 81. Pa. Fl.- u. Wurstwaren.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
Ernst Zachow, Georgstr. 37.
Heinr. Steer, Eutin, Kielerstr. 34. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
E. Martens Moisling, Nur gute Ware.
E. Möller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Ahrendt, Schlutup. Schlachterei und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Schlutup, Lüb.-Str. 31. Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Friseure, Parfüm.
Helmuth Koch, Lübeck, Marlesgr. 4.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lauck, Wahmstr. 71.
Frau Ad. Richter, Wwe. b. St. Johann 8.
Aug. Schmidt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzenroth, Moisling.
J. Wieschendorf, Schlutup, Lüb.-Str. 48.
B. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galant.-, Spielwar.
Louis Sen, Lübeck, Breitestr. 58a. Vorteilh. Bezugsquelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.
Jacobsens Kinder, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Gelegenheitskäufe
Willy Janssen, Lübeck, Böttcherst. 31

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck, Marlesgr. 16. Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tollgreve, Goldschm., Königst. 92.

Handels-Lehranst.
Björkman Lübeck, Beckergr. 18. Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Gummiw., Bandag.
F. W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
Wessels Gummi-Spezial-Gesch. Breitestr. 60

Haus- u. Küchenger
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Olandorpstr. 2.
W. Klüssendorf, Hüxstr. 116. T. 1159. Sp.: Gaskr., Kocher u. Plätten, Bierdr.-App., Bade-Einr.
Bernhd. Neumann, Balauerfohr 12.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
Riesenbazar P. Cagna Breitest. 39 Vort. Bez.
C. Rittscher Holstenstr. 34 Sp.: Emaille-Geschirre.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
F. Vester, Neuhof b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, Oldesloe.
Wilh. Maaß, Reinfeld.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerst. 11.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren-Artikel
Hans Kamerhuis, Ob. Wahmstr. 17. Wäsche, Krawatten, Hüte.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Emil Württenberger, Kohlmarkt 8. — Spez. Hüte — Markt 5. Wäsche, Kravatten, Unterzeug.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck, Holstenstr. 16.
Albert Meincke, Ecke Aegidienst. 15.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Besttorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Ramm, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Lorenz Richter, Breitestr. 20.
Walter Stalbohm, Hüxstr. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Johs. Tralow, 11 ob. Wahmstr. 11. Spezial.: Pelzwaren.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27. Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkenh. 32.
Otto Bähnk, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorpstr. 32.
Johann Beutin, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Aug. Dibbert, Tunkenhagen 20. Vorteilhafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
W. Fischer, Schwönekenquerstr. 11.
Georg Hartkopf, Adlerstr. 38. Drogen u. Farben.
Fritz Hartmann, Krähenstr. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höfke, Blanckstr. 14a.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lorck, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
Joh. Müller, Hartengrube 21. Eig. Kaffeerösterei.
E. Pagels, Glockengießerstr. 71.
V. Puls, Joh. Fick Nchf., Wahmst. 92, Ecke Balauerfohr. Branntwei.
S. Resenhöft, Schwönekenqustr. 26.
Emma Runge, Cronsf. Allee 105.
M. Schwang, Paulstr. 11a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
Joh. Schwabroh, Moisling, Allee 33.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer Allee 131a.
Carl Trost Nachflg., Fackenbg. Allee 55c.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschn., Eisb.
L. Weimann, Maiblumenstr. 6/8.
Heinrich Wille, Lg. Lohberg 1.
H. F. Falckenhagen, Eutin, Kielerst. 25.
H. Leffow, Eutin, Weidestr. 4.
H. Ohde, Moisling.

Kolonial-, Fettwar.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24.
Rich. Heitmann, Reinfeld.
Wilh. Maaß, Reinfeld.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Lüb.-St. 8.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Seeretz.
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kino-Salon
Biophon-Theater, Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag.
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, Oldesloe, Langest. 8.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2

Kurz-, Weiss-, Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Heick & Schmaltz, Sandstr. 11.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Max Wischendorff, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, Moisling.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Ramm, Schlutup.

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, Lübeck, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Stump & Elberfeld.
P. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Theodor Vagt, Tunkenhagen 1.
J. Behrens, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, Schlutup.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
J. Schaap, Schwartau.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Lübeck, Alfstr. 21. Vorteilh. Bezugs-Qu.
Carl Folkers, Marlesgr. 25. Fernruf 734. Gr. Ausw., bill. Preise. Weitestgeh. Garant. Liefrg. frei Haus auf eig. Möbelwg.
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moisling, Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
C. Kaphengst, Königstr. 50. Vorteilh. Bezugsqu.
B. Lux, Marlesgrube 51.
J. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.
Georg Topp, 24 Marlesgrube 24. Neue u. gut erhaltene Möbel.
G. Wackenhut, Fackenburg.
B. Gerigk, Malente, Bahnhofstr. 46.
H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.
H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Herm. Pingel, Schwartau.

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Musikwaren
H. Haller, Lübeck, Markt 3, Kohlmkt. 12.
Musikhaus Jack, Königstr. 96.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, Königstr. 116.

Obst u. Südfrüchte
I. Christoffersen, Lübeck, Holstenstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
Amanda Voß, Lg.-Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Wahmstr. 21.
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Atelier Lubeca, Breitest. 13. Photograph. gut u. billig.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Th. Bruß, Reinfeld, Bahnhofstr.

Putz u. Modewaren
C. Badendiek, Lübeck, Königstr. 26. Holstenstr. 13/15.
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
D. Wagner, Holstenstr. 8.
Clara Kahle, Obere Wahmstr. 1.
W. Simm, Balauerf. 16. Brautschmuck.

Rein-, Rep.-, Bügelanst.
C. Wimmer, Inh. H. Schlesselmann, Lübeck, Mühlenst. 30.

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität: Trauringe
Holstenst. 32

Piano-Magazine
Haussmann Johannisstr. 14. Verkauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40. Neue u. gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.
Gasthof am Kreuzweg, E. Cordts, Seeretz

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähenst. 15. Pa. Roßfleischwaren.
H. Dieckvoß, Ob. Trave 12. Tel. 1664. Sp.: Roßfleischwaren.
J. Strobel, Loignystraße 8, Marli. — ff. Beefsteaks u. Gehacktes frisch v. Eis.
Ernst Wulff, Dankwartsgr. 34. Tel. 958. Täglich frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Fischergr. 10. Telephon 1149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-All. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
Carl Ehlert, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moislg. Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.
Baurenfeind, Mühlenstr. 34. Auch Reparat.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38. Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Reiferstr. 3, b. d. Schwart. Allee.
W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr., Schwartauer Allee, Ecke Geverdesst.
P. Beeck, Balauerfohr 5. Maß. Reparaturen.
Carl Buchholtz, Schwartauer Allee 4. — Record-Stiefel. —
Friedr. Busch, Schuhwaren-Haus, Mühlenstr. 27.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Zum billigen Schuhladen, W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Robien, Schwönekenquerstr. 25. Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schlumacher-Straße 4. Schleifer u. Siebmacher.
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
J. F. B. Grube, am Markt.
Martin Jürgens, Unt. Hüxstraße 105. Hohlschleiferei. Sp.: Rasiermesser.
Carl Rittscher, Holstenstr. 34.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 25.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Fünfhausen 22. Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Ernst Gentzen, Königstr. 62.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Beckergrube 5.
Georg Reese, Hüxstr. 22/24.
Bruno Schmidt, Uhrmacher, Hüxstr. 77.
Heinr. Schultz, Johannisstr. 20.
Willi Westfehling, Holstenstr. 40.
Ad. Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen

Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
J. Höppner, Beckergrube 66.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.
Wilhelm Rahfoth Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Kranz, Schlutup, Wesloerstr. 11.

Otto Albers, Kohlmarkt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-Ausstattungen. Manufakturwaren und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!

Rudolph Karstadt

Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

„eine psychische Seuche" nannte. Er hat jetzt den Ausspruch eines badischen Sozialdemokraten angeführt, daß man sich in Steuersachen nicht vom Gefühl leiten lassen dürfe. Wir können augenblicklich nicht nachprüfen, ob der angebliche Ausspruch wahr ist, sind aber der Meinung, daß man bei solchen Steuerfragen nur klar und kühl erwägen darf. Und diese Erwägungen sprechen gegen die geplante Steuer. Die Befürworter der Gewerbesteuer behaupten, auch die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden sollen Nutzen vom Elbe-Trave-Kanal gehabt haben. Das sei in Zweifel zu ziehen und vielmehr zu betonen, daß die Verkehrswege der Gesamtheit zugute kommen. Die Gewerbesteuer ist eine handels- und industriefeindliche Maßnahme, welche die Lebensbedingungen der Industrie untergräbt. Man behauptet, neue Industriegebiete erschließen zu wollen und hält durch die Gewerbesteuer den Zuzug von Unternehmern fern. Die Arbeitsgelegenheit hat sich bisher noch nicht verbessert, wir brauchen aber in Lübeck vermehrte Arbeitsgelegenheit und werden deshalb alles tun, um solche gewerbefeindlichen Steuergesetze zu Fall zu bringen. Man will die Gewerbesteuer nach dem Muster des schwarz-blauen Blockes schaffen, d. h. den direkt Betroffenen Gelegenheit zur Bereicherung auf Kosten der großen Masse geben. Hier sehen die Händler und Handwerker auch wo die wahren Freunde des Mittelstandes sitzen. Man behauptet immer, wir Sozialdemokraten seien Feinde des Mittelstandes. Dazu sagen wir, daß wir die Gewerbesteuer nicht beantragt haben und versprechen, daß sie von den Sozialdemokraten bekämpft werden wird bis aufs Messer. Hoffentlich sehen auch die Gewerbetreibenden und Händler ein, daß die Sozialdemokraten ihre wahren Freunde sind und wählen künftig nur noch sozialdemokratisch. Man will weiter die Gewerbesteuer dadurch schmackhaft machen, daß man mit ihr die Warenhaus-, Konsumvereins- und Filialsteuer verknüpft. Bemerkenswert ist dabei, daß der Detaillistenverein für die Einführung der letzteren Steuern und gegen die Gewerbesteuer aufgetreten ist. Da sei das bekannte Sprichwort angebracht: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu." Das ist eine reine Kirchturmspolitik. Der Senat wird vielleicht dem „Notschrei" des Detaillistenvereins Folge leisten und auch die Warenhaussteuer wieder einbringen. Aber die Warenhaussteuer ist noch erheblich härter als die Gewerbesteuer, denn während die letztere nach dem Ertrag festgesetzt wird, soll bei ersterer der Umsatz maßgebend sei. Außer der Gewerbesteuer sollen die Warenhäuser also noch ¾ Prozent des Umsatzes zahlen. Mancher kleine Krämer wird zwar sagen, die Warenhäuser sind es, die uns schädigen, sie müssen besteuert werden. Aber das ist falsch, ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Das Rad der Zeit kann nicht mehr aufgehalten werden. Was ist denn das Warenhaus? Am Ende doch nichts anderes, als eine Vereinigung der verschiedensten Handelsgeschäfte in einem Unternehmen. Nur in rückständigen Staaten habe man die Warenhaussteuer eingeführt, in einigen der reaktionärsten deutschen Bundesstaaten. In den übrigen, wo etwas freiere Luft wehe, sei diese Steuer nicht vorhanden. Die Belastung ist eben furchtbar hart. Die Firma Karstadt würde beispielsweise 22 500 Mk. Steuern zahlen müssen. Ist denn nun jemand so einfältig, zu glauben, daß die Firma selbst diese Summe zahlen würde. Auch die Abwälzung auf die Lieferanten ist unmöglich. Also bleibt nur der Konsument übrig. Insofern haben wir also ein recht erhebliches Interesse an dem Falle dieser volksfeindlichen Steuer. Ein preußischer Staatsmann sagte:

„Wenn die Gerechtigkeit das Fundament der Staaten ist und die Grundsätze der Gerechtigkeit bei allen großen Umgestaltungen dem Steuerwesen an die Spitze gestellt werden, verbietet sich auch jeder Versuch, die wirtschaftlichen Kämpfe durch ungerechte Anwendung steuerrechtlicher Machtmittel auszutragen." — Die Oldenburger Handelskammer sagt in ihrem Jahresbericht: „Dabei wird Voraussetzung bei all diesen Bestrebungen sein müssen, daß eine Förderung des Kleinhandels nicht erfolgen darf auf Kosten ebenso berechtigter Interessen anderer Berufsstände, sodaß also Erdrosselungssteuern für Konsumvereine, Warenhäuser, Spezialgeschäfte oder ähnliche Mittel, wie sie von manchen Seiten angestrebt werden u. E. von vorneherein außerhalb jeder Debatte stehen. Wer solche Gewaltmittel empfiehlt, der nutzt dem Kleinhandel nicht, sondern er hält den Gesundungsprozeß geradezu auf."

Weiter war auch die Einführung einer Filialsteuer geplant. Man mag glauben, daß diese nur jene Geschäfte trifft, die Filialen unterhalten, die sich sonst von der Steuer drücken könnten. Aber auch diese Steuer verwerfen wir. Und nun kommt der verwerflichste Plan, die Konsumvereinssteuer. Man hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Konsumvereine recht kräftig gezwickt werden sollen. Sobald der Jahresumsatz 400 000 Mk. übersteigt, soll der Konsumverein nicht nur die Gewerbesteuer, sondern auch die Warenhaussteuer zahlen. Unsere blühende Lübecker Genossenschaftsbäckerei würde bei einem Umsatz von 954 453,54 Mk. und einem Steuersatz von 2 Prozent. 508 Mk. zahlen müssen. Auf seiten der Gewerbesteuerfreunde nimmt man an, daß dies nicht ginge und daß der Umsatz heranzuziehen sei. Wird diese Absicht Gesetz, so muß die Bäckerei über 1400 Mark Steuer mehr zahlen als andere Gewerbetreibende. Das nennt man dann in Lübeck Gerechtigkeit. Und nun zum Konsumverein. Dieser würde, wenn man ihn als Gewerbebetrieb ansehen würde, was er aber nicht ist, 721 Mark Gewerbesteuer zahlen, und entsprechend seinem Umsatz müßte er 1693 Mark zahlen oder 800 Mark mehr, wenn aber die Warenhaussteuer auf die Konsumvereine angewandt wird, würden über 5600 Mark zu berappen sein. Das sind Ausnahmegesetze schlimmster Art. Dabei kommen laut Entscheidung des Reichsgerichts die Konsumvereine als offene Gewerbebetriebe garnicht in Frage. Auch die Rückvergütung des Konsumvereins ist rechtlich nicht als aus einem Handelsbetriebe geflossenen Gewinn zu betrachten. Trotz alledem erklärt man in Lübeck, daß der Betrieb des Konsumvereins als Gewerbebetrieb in Frage kommt. Man weiß wirklich nicht, ob man in Deutschland oder in Rußland lebt. Es handelt sich aber hier nicht um Rentiers, sondern es handelt sich um Arbeiter; mit denen macht man allerdings nicht viel Federlesens. Da schreibt man einfach vor und fertig ist die Laube. Diese Steuer, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, werde auf je 10 Mk. Rückvergütung eines Konsumvereins-Mitgliedes 4 Mark Steuern erheben, die den Besitzenden zu Füßen gelegt werden. Ein Brot der Genossenschaftsbäckerei würde, wenn es im Konsumverein gekauft wird, dreimal versteuert werden. Erstens müsse es in der Genossenschaftsbäckerei versteuert werden, zweitens durch die Gewerbesteuer des Konsumvereins und drittens durch die auf den Umsatz entfallende Besteuerung der Rückvergütung unserer Konsumvereinsmitglieder. Übrigens ist auch das Zentrallager des hiesigen Konsumvereins als Lagerbetrieb von der Berufsgenossenschaft nicht anerkannt worden, weil der Konsumverein als solcher keinen Lagerbetrieb habe, sondern nur Aufbewahrungsräume für die Waren seiner Mitglieder. Wie reimt sich diesem Entscheid gegenüber die Vorlage des Lübecker Senates zusammen. Man muß schon Senator oder Mitglied der Steuerkommission sein, um so etwas zu begreifen. Man wird mit dieser Steuer auch im Mittelstand keine Freude hervorrufen, sondern nur Unzufriedenheit erregen und so ist auch diese Steuer ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Jeder gerecht Empfindende muß zu der Überzeugung kommen, daß mit der Konsumvereinssteuer aufgeräumt werden muß, ebenso wie mit der Warenhaussteuer. Die Sozialdemokraten bekämpfen die neuen Steuervorlagen, weil sie nur eine Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse und eine Belastung gerade des Mittelstandes bedeuten würden, sie verwerfen diese Gesetzesvorlagen im Interesse Lübecks und aus Gründen der Gerechtigkeit. Sie ersuchen alle diejenigen, die mit ihnen diese Steuern verwerfen, daß diese sich zur Sozialdemokratie bekennen und mit ihr kämpfen gegen die Reaktion. Die Gewerbesteuer muß hinab in den Orkus. Die beste Antwort auf dieses Machwerk lautet, in den Reihen der Sozialdemokratie zu ringen für die Freiheit und den Fortschritt. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Löwigt verlas dann eine eingegangene Resolution die folgenden Wortlaut hat:

„Die am 15. Dezember 1910 im „Gewerkschaftshaus" tagende sehr stark besuchte Volksversammlung verwirft auf das entschiedenste die geplante Einführung einer Gewerbesteuer, die verbunden sein soll mit einer Konsumsvereinssteuer und event. einer Warenhaussteuer. Die Versammlung erblickt in diesen Steuern eine unerhörte Belastung der werktätigen Bevölkerung Lübecks und, soweit die Konsumvereinssteuer in Frage kommt, eine schlimme steuergesetzliche Ausnahmebestimmung gegen die als Konsumenten vereinigten Bevölkerungsschichten. Die Versammlung fordert die Bürgerschaft auf, jegliche Sonderbesteuerung des Gewerbes abzulehnen, an deren Stelle aber zur Deckung der notwendigen erhöhten Ausgaben für die Einführung einer Vermögenssteuer und einer erhöhten Steuer auf die größeren Einkommen einzutreten.

In der Diskussion sprach zunächst Herr Eisermann. Er führte aus: Wenn die Beamten Gehaltsaufbesserung brauchen, dann sind ja die Mittel auch aufzubringen. Aber auf anderer Grundlage, als der Senat beabsichtige. Er müsse sich gegen die Ausführung des Herrn Dr. Schlomer wenden, soweit dieser bemerkte, daß die Lebenslage der Beamten auch eine schlimme sei. Für die kleinen treffe das wohl zu. Aber die Beamten, die über 3000 Mk. Einkommen haben, könnten auskommen und sollten zu den Lasten beitragen, anstatt noch Zulagen zu bekommen. Die Rentiers und Pensionäre seien gleichfalls zu den Steuern heranzuziehen. Gewerbetreibende, die nicht viel mehr als 1200 Mk. Einkommen haben, können gar keine Steuern zahlen. Im übrigen unterschreibe er die Ausführungen beider Referenten Wort für Wort.

Als nächster Redner sprach Genosse Henze. Er ging ausführlich auf die Konsumvereinssteuer ein und unterstrich die Ausführungen des Genossen Stelling, wonach Konsumvereine nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind. Auch führte er noch mehr Beweise dafür an. Zum Beispiel gelte für die Konsumvereine nicht die Bestimmung, daß für Butter und Margarine getrennte Verkaufsräume vorhanden sein müssen. Er forderte dann die Anwesenden auf, nicht nur Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins zu werden und den „Lübecker Volksboten" zu lesen, sondern auch die Mitgliedschaft des Konsumvereins zu erwerben. Druck müsse immer Gegendruck erzeugen. Auch ungerechte Gesetze müssen diesen Erfolg zeitigen. (Beifall.)

Hierauf erhielt der Genosse Dr. Schlomer das Schlußwort. Er bemerkte zunächst zu den Ausführungen Herrn Eisermanns, daß es sich zum Teil um ein Mißverständnis handle. Es sei selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie in erster Linie für die kleinen Beamten eintrete und nicht für die reichdotierten. Redner fordert dann nochmals auf, sich der Partei anzuschließen und in den Reihen der Sozialdemokratie zu kämpfen für Freiheit und Volkswohlfahrt und gegen alle ungerechten Steuervorlagen. (Lebh. Beifall.)

Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. Am Schlusse wies der Vorsitzende, Genosse Löwigt, noch darauf hin, daß die Gewerbesteuer mit der Reichspolitik zusammenhänge. Die Beamtenbesoldungserhöhung, und damit die Ursache der Gewerbesteuervorlage sei in der famosen Reichsfinanzreform zu suchen, die von den bürgerlichen Parteien beschlossen sei. Bei der nächsten Reichstagswahl müsse die richtige Antwort darauf gegeben werden. Auch er forderte dann die Anwesenden, vor allem auch die Frauen auf, die Mitgliedschaft des Sozialdemokratischen Vereins zu erwerben, und aus den wirtschaftspolitischen Vorgängen die richtige Konsequenz zu ziehen. Hierauf erfolgte Schluß der imposanten Kundgebung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 15. Dezember.

Die Sehnsucht nach Ausnahmegesetzen gegen die deutsche Arbeiterschaft, mit denen nach dem bekannten Ausspruch eines Staatsmannes jeder Esel regieren kann, kommt auch in den nationalliberalen „Lübeckischen Anzeigen" zum Ausdruck. In einem fulminanten Artikel des gestrigen Abendblattes, der wie gewöhnlich von auswärts bezogen worden ist, — die geistige Armut der Redaktion des Amtsblattes gestattet dieser auch nicht den Luxus einer einzigen selbstgeschriebenen politischen Meinungsäußerung — heißt es:

„Sicherlich würde es bei der überwältigenden Mehrheit der Nation Befremden, ja Bestürzung hervorrufen, wenn nicht diejenigen Stellen, die berufen und verpflichtet sind, dasjenige zu erhalten, was die große Zeit der Wiederaufrichtung des Reiches und die Bismarcksche Ära dem deutschen Volke gegeben hat, zuverlässige Garantien geben wollten, daß die unterwühlende Arbeit der Sozialdemokratie ihren Zweck nicht erreicht. Solche Befürchtungen können nicht mehr bestehen, nachdem der leitende Staatsmann erklärt hat, daß die bestehenden Gesetze zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung, des inneren Friedens mit voller Energie angewandt werden sollen, und daß auch bei den bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeiten auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Sozialpolitik die nötigen Sicherheiten und Bürgschaften zur Niederhaltung revolutionärer Bestrebungen geschaffen werden sollen. Somit hinterläßt die Etatsdebatte des Reichstages neben nachhaltiger Entrüstung über das pöbelhafte Betragen der „Genossen" in der Dienstagsitzung den Eindruck, daß das Steuer der Reichsregierung in starker, fester Hand ruht, und daß der Mann, den das Vertrauen des Kaisers an die Spitze der Reichs- und Staatsgeschäfte berufen hat, in dem Kampfe, der gegen den Todfeind unserer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung geführt werden muß, die Fahne, die unsere nationale Ehre und Existenz deckt, nicht im Stiche lassen wird."

Die überwältigende Mehrheit der Nation wendet sich, im Gegensatz zu der falschen Vorspiegelung unseres Amtsblattes, mit Ekel ab von dem Treiben der Junker und ihrer nationalliberalen Steigbügelhalter, die gern ihre Absicht, im trüben zu fischen und sich auf Kosten der breiten Volksschichten zu bereichern, unter dem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie zu verbergen suchen. Und der lange Theobald, der nach echter Reichsverbandsmanier seine Gegner durch unbewiesene Verdächtigungen vernichten will, ist ihr Ideal. Fürwahr, eine feine, einander würdige Gesellschaft. Theobald als starker Mann ist übrigens ein Bild für den Simplicissimus, wie ja der gegenwärtige sogenannte Reichskanzler den Witzblättern schon seit längerer Zeit dankbaren Stoff liefert. Zum Schluß noch eins: Wer glaubt, eine große Kulturbewegung wie die Sozialdemokratie sei durch Ausnahmegesetze zu überwinden, der muß schon so einfältig sein wie das nationalliberale Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck.

Zum Präses der Lübecker Handelskammer wurde an Stelle des ausscheidenden Konsul Dimpker Herr Kaufmann Hermann Eschenburg gewählt. Der Erwählte hat neben anderen Vorzügen, die uns nicht bekannt sind, den Vorzug, der Sohn des neuen Bürgermeisters zu sein.

Der neue Museumsdirektor. Herr Dr. Schäfer, Assistent am Bremer Gewerbemuseum, ist, wie der „Weser-Ztg." gemeldet wird, zum Direktor des Lübecker Museums für Kunst- und Kulturgeschichte sowie zugleich des Lübecker Gewerbemuseums erwählt worden.

Selbstmord. In der letzten Nacht hat sich in einem hiesigen Restaurant ein junger Mann auf dem Abort erschossen. Die Gründe zum Selbstmord sind unbekannt.

Der wegen Unterschlagung von 18 000 Mark verhaftete Testamentsvollstrecker heißt Bachert und war Bureauvorsteher des Rechtsanwalts Weber. Wie verlautet, hat B. das unterschlagene Geld verpraßt.

pb. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** Am 14. ds. Mts. gegen Abend ist von einem Geschäftswagen der Firma H. Drefalt, auf dem Kollis aller Art vom Geschäft nach dem Frachtgüterschuppen des hiesigen Bahnhofes gefahren wurden, ein grauer Beutel mit gelben, halben Erbsen im Gewicht von 25 Pfund abhanden gekommen. Der Beutel trug eine Karte mit der Aufschrift Nr. 120 832 Hagenow-Stadt. — Zur Anzeige gebracht wurde eine gutgekleidete unbekannte weibliche Person, welche sich Dulder nannte und sich in einem hiesigen Schuhwarengeschäft ein Paar Damenschuhe erschwindelte.

Das zweite Abonnementskonzert im Gewerkschaftshaus findet heute, Donnerstag, abend statt. Das Programm ist ein nach jeder Richtung hin vorzügliches. Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die Teilnahme an diesem Konzert von seiten der Lübecker Arbeiterschaft auch heute eine gute sein wird. Einzelkarten sind noch an der Kasse zu haben.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 8 Uhr, gelangt Hermann Bahrs Komödie „Der Meister" hier zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind hier die Damen Betke, Walter, Gerlach, sowie die Herren Grube, Taube, Meynadier, Fuchs, Stahl-Nachbaur, Albert, Heydecker, Scholz und Brodowski beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr Grube. Am Sonnabend geht bei kleinen Preisen das Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tänzen „Dornröschen" von Oskar Will, Musik von Dr. Beouch hier erstmalig in Szene. Das darin vorkommende große Ballett ist von der Ballettmeisterin Marguerite de Kooccst auf das sorgfältigste einstudiert worden und wird ausgeführt vom gesamten Ballett-Korps und 60 Kindern.

Schwartau-Rensefeld. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen, Freitag, den 16. Dezember, von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert, „Transvaal", statt.

Seeretz. Eine Parteiversammlung findet am 17. Dezember, abends 8 Uhr bei G. H. Frähmke statt; zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Ratzeburg. Tödlicher Unglücksfall. Bei der Reparatur einer schadhaften Pumpe ereignete sich in der Feldschmiede auf dem hiesigen Staatsbahnhof eine schwere Explosion. Durch die umherfliegenden Eisenstücke wurde der Schlosser Hermann Boock aus Neumünster schwer verletzt. Er ist bald darauf im hiesigen Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Gremsmühlen. Aufsehen erregender Selbstmord eines Geistlichen. Wie die „Flensburger Nachrichten" erfahren, hat sich Pastor Müller-Windbergen, der seit Mittwoch voriger Woche verschwunden war, im Kellersee ertränkt. Damit werden auch die Vernehmungen von Schulkindern auf dem Landratsamt in Meldorf in Zusammenhang gebracht. — Es wäre wünschenswert, wenn bald etwas Genaueres über die dunkle Affäre bekannt würde.

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Palermo" gestrandet. Wie telegraphisch gemeldet wird, ist der Dampfer „Palermo", der Reederei Rob. M. Sloman jr. auf der Ausreise von Malaga über Santa Eugenia in der Nähe von Chorruvedo (Spanien) gescheitert. Die Passagiere und Mannschaft konnten gerettet werden.

Kiel. Die Polizeischlacht von Neumünster vor dem Kieler Landgericht. Die erste Wahlrechtsdemonstration in Neumünster beschäftigte am Mittwoch zum zweiten Male das Kieler Landgericht. Die erste Verhandlung fand am 4. Mai d. J. statt. Sie endete nachts 12 Uhr mit der Verurteilung sämtlicher 10 Angeklagten, und zwar wurde der Arbeitersekretär Radloff zu 1 Monat Gefängnis und 10 Tagen Haft, der Kolporteur Fürs zu 5 Tagen Haft, Frau Radloff zu 50 Mark Geldstrafe, der Arbeiter Westfalen zu zwei Wochen, seine Frau zu 1 Monat, der Arbeiter Südfe, der Lederarbeiter Richter und der Arbeiter Grabke zu je 3 Wochen, der Arbeiter Wensien zu zwei Wochen Gefängnis und der Arbeiter Studt zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Sämtliche Angeklagten legten damals Revision ein und das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück, weil prozessuale Verstöße vorgekommen, u. a. Entlastungszeugen versehentlich nicht vereidigt worden waren. Zu der ersten Verhandlung waren 58 Zeugen geladen, zu der jetzigen 69 Zeugen geladen. Sämtliche Angeklagten sind mit Ausnahme der Frau Radloff anwesend, welche vom Erscheinen in der Verhandlung entbunden ist. Die Anklage wirft den Angeklagten teils die Veranstaltung eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges, teils die Teilnahme an einem Auflauf sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung vor. In später Abendstunde wurde das Urteil gefällt. Es lautete für sämtliche Angeklagte wie in erster Instanz, mit Ausnahme des Arbeiters Grabke, dessen Strafe von drei Wochen auf 10 Tage herabgesetzt wurde.

Schwerin. Aus dem mecklenburgischen Landtag. Auf dem mecklenburgischen Landtage wurde durch den Bund der Bürgermeister die Regierungsvorlage zur Ablehnung gebracht, die aus der Landessteuerkasse einen Zuschuß von 1 800 000 Mk. für die großherzogliche Kasse forderte. Der Großherzog hat das Geld mit der Begründung verlangt, daß er ohne diese Mittel die Regierung nicht in der notwendigen Weise weiterführen könne.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Geschäfts-Uebernahme.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das

Zigarren- und Lotterie-Geschäft

des verstorbenen Herrn **Heinrich Hagelstein, Königstr. 85,** käuflich übernommen habe und dasselbe in unveränderter Weise unter der alten Firma weiterführen werde.

Ich bitte das dem Verstorbenen in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen auch auf mich zu übertragen und sichere in jeder Beziehung kulanteste Bedienung zu.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Piquardt, Königstraße 85.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste:**

Braune Kuchen
: Topfkuchen :

sowie

braune u. weisse Pfeffernüsse

in bekannter Qualität.

Unsere Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben schon jetzt Bestellungen zum Feste entgegen.

Gleichzeitig empfehlen unser **nur aus bestem Roggen- u. Weizenmehl hergestelltes**

Grob- und Feinbrot
Monde

sowie alle sonstigen Backwaren.

Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Für den Weihnachtsbedarf

empfehlen wir alle einschlägigen Artikel:

Haselnüsse	Pfd. 40 ₰	**Tannenbaumschmuck** in großer Auswahl.		ff. Weizenmehl	Pfd. 16, 18 ₰
Walnüsse	Pfd. 40 ₰	**Tannenbaumlichte**		Rosinen	Pfd. 65 ₰
Feigen	Pfd. 28 ₰	Verschiedene Sorten Wein		Korinthen	Pfd. 40 ₰
Datteln	Pfd. 35 ₰	Tannenbaumkakes und Konfekt in verschiedenen Preislagen.		Sukkade	Pfd. 68 ₰
Marzipansachen	zu 5 und 10 ₰			Zucker gem.	Pfd. 22 ₰
Stuten u. Semmel	Pfd. 1.20 ₰			Zucker Würfel	Pfd. 24 ₰

Zur Erleichterung des Weihnachtsverkehrs sind **am Sonntag, dem 18. Dezember,** unsere sämtlichen Warenabgabestellen

von mittags 12 bis abends 6 Uhr geöffnet.

Der Vorstand.

Die Weberei von W. C. Kelling

(früher F. J. W. Hopp)

Großer Bauhof 5, Ecke der Effengrube,

empfiehlt ihre dauerhaften

Bett-, Tisch- und Leinenzeuge

und sonstige Artikel

sowie

doppelt gereinigte Daunen und Bettfedern.

Spezialität: Waren von Handgespinnstgarn.

Neues Stadttheater.

Freitag, 16. Dezember. Abds. 8 Uhr.
Voll-Abonn. 79. Freitag-Ab. 14.
Zum 1. Male! Neu!

Der Meister.

Komödie von Hermann Bahr.

Sonnabend, 17. Dezbr. 7½ Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Zum 1. Male! Neu!

Dornröschen.

Weihnachtsmärchen von O. Will mit großen Ballett-Einlagen.

Ad. Hübner, Uhrm., Fünfhausen 18 empfiehlt zum bevorst. Weihnachtsfest s. reichhaltiges Lager in Uhren u. Goldwaren z. soliden Preisen u. mehrj. Gar. Gebe rote Rabattm.

Juwelier Schwartz

Lübeck, obere Wahmstr. 13.

Brillanten, Uhren und Goldwaren, Silberwaren.

Spezialität: Schmuckringe.

Trauringe

in jeder Preislage, Größe, Fasson und Feingehalt stets auf Lager. Gravierung sof. „gratis". Günstige Kaufgelegenheit durch Ersparnis hoher Ladenmiete. Billigste Reparaturwerkstatt. Ohrlöcher einstecken schmerzlos. Ankauf v. altem Gold u. Silber.

Zum kommenden

Weihnachtsfeste

empfehle:

Lauschen Kuchensirup
feinstes Weizenmehl

aus der Lüb. Genossenschaftsbäckerei, sowie

sämtl. Zutaten zum Backen, braune u. weiße Pfeffernüsse, Feigen, Datteln, Tannenbaumkonfekt, Wal- u. Haselnüsse u. s. w.

J. Kock, Steinrader Weg 32.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle

Christbaumschmuck

Lichte, Lichthalter, Wal- und Haselnüsse, Feigen, Datteln, Traubrosinen, Tannenbaum-Kakes, Seifen u. Parfümerien.

Um mit meinem großen Vorrat in **Tannenbaumschmuck** zu räumen, verkaufe zu bedeutend **ermäßigten Preisen;** ebenfalls

Toilette-Artikel

wie

Kinderkämme, Haarschmuck

2c. 2c.

Marli-Drogerie

Wilhelm Hohenschild

Marlistraße 42c, Ecke Bülowstr.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 — Otto Albers — Kohlm. 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. N. a.:

Lederhosen	**2.20**—6.45
Maurerhosen	**2.60**—6.75
Schlosserhosen	**1.88**—5.25
Überziehhosen	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Rheinperle

bester Ersatz für

Natur-Butter

empfiehlt

Joh. Böttcher, Reiferstr. 43

Kuchensirup

(Lau) . . . . . **Pfund 30 Pfg.**
Hamburger . . . . **„ 25 „**

doppelt gesiebtes, stets lockeres

Weizendampfmehl
Diamantmehl,

lose und in 5- u. 10-Pfd.-Beutel, Sukkade, Orangeat, Pottasche, Hirschhornsalz, Rosen- u. Pfirsichwasser, süße u. bittere Mandeln, herrl. Rosinen, groß und klein, sowie sämtl. Gewürze, ganz u. gemahlen empfiehlt in nur besten Qualitäten

Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

Freitag, 16. d. M.,
abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Die Übertrittsbestimmungen zum Deutschen Bauarbeiter-Verband.
3. Inneres und Verschiedenes.

NB. Um genau informiert zu sein, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Der Vorstand.

Schwartau-Rensefeld

Heute Donnerstag:

Partei-Versammlung.

Der Vorstand.

Stadthallentheater.

Sonntag, 18. Dezbr. Abds. 7½ Uhr.

Der Veilchenfresser.

Lustspiel von G. von Moser.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Hüxstr. 27. **Zum billigen Laden** Hüxstr. 27.

empfiehlt bei größter Auswahl zu bekannt billigsten Preisen:

Spielwaren jeglicher Art
Puppen in jeder Preislage
Woll- und Plüschtiere
Puppenköpfe und -balge
Puppenstuben- und Küchen-Einrichtungen

Gebrauchs- und Geschenkartikel
Poesiealben
Bilderbücher
Märchenbücher
Seife in Kartons

Weihnachts- und Neujahrskarten.

Christbaumschmuck.

Für Vereine, Händler und Wiederverkäufer besonders günstige Vorzugspreise.

Hüxstr. 27. **Zum billigen Laden** Hüxstr. 27.

Tonhalle.

Lichtspiel-Theater.

Wunder der Natur. — Zinngruben u. Gießereien in Malakka. — Der Hund als Säugling. — Lehmann. — Max hat neue Stiefel an. Moritz mit dem Zauberblick. — Rehabilitiert. — Semiramis.

Die Vorstellung für Erwachsene beginnt 7½ Uhr.

Die Direktion.